Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 80 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Ehrifreranzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 258 — Donnerstag den 3. November 1921 — 48. Jahrg.

Die Krisis in Preußen.

In Preußen ist das Kabinett Stegerwald, das von Anfang an als Übergangskabinett gedacht war, zurückgetreten. Es hat eine längere Lebensdauer erreicht, ein Fall, der bei sogenannten Übergangskabinetten gar nicht so selten ist, als ihm seine Kritiker zunächst zubilligen wollten. Seine Entstehung verdankt das Kabinett bekanntlich den Wahlen zum preußischen Landtag vom 20. Februar d. J., aus denen die alte Koalition, Demokraten, Zentrum und Mehrheitssozialisten, die so lange Preußens Geschicke geleitet hatte, geschwächt hervorging. Rein zahlenmäßig freilich wäre es möglich gewesen, auch nach dem Ausfall der Februar-Wahlen die Regierung auf der alten Grundlage zu bilden, allerdings wäre die Regierungsmehrheit dann so schwach gewesen, daß es den bürgerlichen Parteien von vornherein nicht geraten erschien, diesen Versuch zu unternehmen. Demokraten und Zentrum drängten daher auf die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung, um der neuen Regierung eine tragfähige Grundlage zu geben. Damals begannen dann die endlosen Verhandlungen, die kein Ruhmesblatt in der Geschichte des preußischen Parlamentarismus bilden, und bei denen es die Sozialdemokraten dank einer ebenso temperamentvollen wie ungeschickten Führung fertig brachten, sich aus der Regierung selbst herauszumanövrieren. Schließlich sprang Stegerwald in die Bresche und es kam das Übergangskabinett Stegerwald zustande.

Die Sozialdemokratie stand von vornherein diesem Ministerium ablehnend gegenüber, und ihr ist es eigentlich vom ersten Tage an eine schleichende Regierungskrise bestanden. Ministerpräsident Stegerwald hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß auch er sein Kabinett nicht für das erstrebenswerte Ziel hielt und er hat sich bereit erklärt zurückzutreten, um den Weg für eine Neubildung des Kabinetts frei zu machen. Bedingung sei aber, daß drei Vorfragen gelöst würden: 1. mußten die persönlichen Differenzen, die zwischen den Führern des Zentrums und der Sozialdemokraten entstanden waren, beigelegt werden, 2. müßte eine gemeinsame Grundlage für die Politik der neuen Regierung gefunden werden und 3. müßte die Frage geklärt werden, wer Ministerpräsident werden sollte. Nach den Erfahrungen, die man bei den Verhandlungen gemacht hatte, die der Wahl Stegerwalds vorausgingen, schienen diese Stegerwaldschen Forderungen durchaus berechtigt. Das Kabinett Stegerwald ist nun allerdings zurückgetreten, ohne daß diese Forderungen erfüllt worden wären. Den unmittelbaren Anlaß zum Rücktritt hat der Vorstoß der Demokraten gebildet, die dem Ministerpräsidenten mitteilten, daß sie ihre Minister aus der Regierung zurückziehen, da ihnen nach der veränderten politischen Lage die Zwei-Parteien-Regierung nicht länger haltbar erscheine. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten daher die demokratischen Minister aus der jetzigen Regierung aus. Der Beschluß der preußischen Demokraten wurde von ihnen damit begründet, daß die Bildung einer Regierung auf der Grundlage der großen Koalition wie im Reiche so auch im größten Bundesstaat die alles entscheidende Frage sei, aber Gefahr lief, durch die jüngsten Vorgänge im Reich, wie auch durch die besondere Entwickelung der Verhältnisse in Preußen weiterer unerwünschter Vertagung zu verfallen. Da zudem die Sozialdemokratie dem Kabinett Stegerwald die schärfste Opposition angesagt hatte, so wäre voraussichtlich das Kabinett ohnehin nicht mehr lange zu halten gewesen.

Aus der schleichenden Regierungskrise ist somit jetzt wieder eine offene Krise geworden. Es ist in Preußen ein neues Vakuum entstanden und es bleibt nun den Parteiverhandlungen überlassen, ohne Grundlage für ein neues Kabinett zu schaffen. Vor allem muß man erwarten, daß die Geste der Demokraten, die nach beiden Seiten — sowohl den Sozialdemokraten wie vor allem auch der Deutschen Volkspartei — die Tür öffnen will, von diesen Parteien auch richtig verstanden wird. Das erstrebenswerte Ziel ist auch in Preußen nach wie vor die große Koalition von der Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten. Alle Redekünste des „Vorwärts" können nicht darüber forttäuschen, daß die frühere Koalition, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum über eine tragfähige Mehrheit nicht verfügen, ja daß sich die geringe Mehrheit, die diese Parteien heute noch aufweisen, in eine Minderheit verwandelt, wenn die oberschlesischen Abgeordneten ausscheiden. Ob die große Koalition sich heute bereits erreichen läßt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Man weiß, daß die Sozialdemokratie über das Verhalten der Volkspartei bei der letzten Regierungskrise im Reich, besonders über den Brief dieser Partei an den Reichspräsidenten, nicht mit Unrecht entrüstet ist. Auf der andern Seite scheint aber doch auch bei den einsichtigen Führern der Mehrheitssozialisten eine Geneigtheit zur Zusammenarbeit mit der Volkspartei zu bestehen. Der frühere preußische Minister des Innern, der Mehrheitssozialist Severing hat ja ausdrücklich in Breslau erklärt: „Die Sozialdemokratie müsse sich an den Gedanken gewöhnen, gleichzeitig mit der Volkspartei in die preußische Regierung einzutreten. Für den sehr wahrscheinlichen Fall, daß sich eine solche Zusammenarbeit heute noch nicht erreichen läßt, wird man wahrscheinlich zunächst auf die frühere Koalition, Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten zurückkreisen und der Volkspartei die Tür auffassen dadurch, daß man zunächst zwei Ministerien durch Beamte besetzt.

Auch wenn man mit der demokratischen Fraktion hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer jetzigen Aktion nicht ganz einer Meinung ist, so wird man nur wünschen können, daß durch den demokratischen Vorstoß nunmehr endlich die schleichende Regierungskrise, die eine aktive Politik in Preußen bislang verhindert hat, ihr Ende erreicht, und daß es nunmehr endlich auch in Preußen gelingt, eine aktionsfähige und tragfähige Regierung zu bilden.

*

Stegerwald beim Reichspräsidenten.

Aus Berlin wird uns berichtet:

An der Lösung einer Kabinettsneubildung in Preußen ist an sich der Reichspräsident völlig uninteressiert, verfassungsrechtlich ist ihm durchaus keine Handhabe gegeben, in einer Kabinettskrise in einem Einzelstaat vermittelnd einzugreifen. Aber im Laufe der letzten unruhigen Monate hat Reichspräsident Ebert schon mehrere Male den Versöhnenden gespielt und versucht, „zerstrittene Brüder" einander nahe zu bringen, wozu er durch seine Stellung eher als jeder andere befähigt ist. Infolgedessen ist es nicht weiter verwunderlich, daß der zurückgetretene preußische Ministerpräsident Stegerwald am Mittwoch mittag beim Reichspräsidenten vorgesprochen hat. Ob sich die beiden über einen bestimmten Plan einig geworden sind, ist nicht bekannt geworden.

Vertagung des Hauptausschusses des preußischen Landtages.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages ging am Mittwoch, ohne in eine sachliche Beratung über den Kultusetat einzutreten, nach kurzer Aussprache auseinander. Die Rechte war für Weiterberatung, das Zentrum enthielt sich des Ausschlußantrages, die Mehrheit war der Meinung, daß eine weitere Beratung nicht angängig sei, da der Minister nicht imstande wäre, angesichts des Rücktritts des Kabinetts für sein Ministerium bindende Erklärungen abzugeben. Das Plenum des Hauses, das bekanntlich am Donnerstag seine Sitzungen aufnehmen sollte, wird sich, wie wir erfahren, voraussichtlich gleichfalls bis auf weiteres vertagen.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.

Berlin, 3. Nov. Der Reichskanzler ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hielt gestern mittag einen Kabinettsrat, der sich mit oberschlesischen Fragen und der preußischen Kabinettskrise beschäftigte. Abends traf Landtagspräsident Leinert zur Leitung der Verhandlungen über die neue Koalitionsbildung ein.

Noch keine Klärung.

Berlin, 3. Nov. Die preußische Regierungskrise hat im Laufe des gestrigen Tages keine weitere Klärung erfahren. Heute vormittag werden Zentrum und sozialdemokratische Fraktion zu Beratungen zusammentreten. Um 12 Uhr mittags wird der Ältestenausschuß des preußischen Landtages eine Sitzung abhalten. — Die „V. Ztg." nimmt an, daß der Ausschuß beschließen werde, die für 1 Uhr angesetzte Plenarsitzung nicht abzuhalten, damit die Fraktionen Bewegungsfreiheit für ihre Beratungen haben.

Die Presse über den Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Die Berliner Presse spiegelt in ihren Kommentaren die große Überraschung wider, die der plötzliche Rücktritt des preußischen Kabinetts hervorgerufen hat, ohne daß sich dabei sonderliche Erregung geltend macht. Die Kommentare der Morgenpresse sind noch sehr vorsichtig gehalten, zumal, abgesehen von der demokratischen Presse, noch keine rechte Klarheit über die Gründe zu herrschen scheint. In der Abendpresse, vor allem der rechtsstehenden Blätter, wird denn auch mancher Standpunkt korrigiert, der nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Grundsätzlich überwiegt auf der Rechten das Bedauern, Stegerwald gehen und vielleicht nicht wiederkommen zu sehen; in der Presse der Linken ist natürlich umgekehrt die Genugtuung groß, daß er endlich beseitigt ist. Auf der Suche nach Gründen werden dabei die merkwürdigsten Bockspringe gemacht. So kommt die deutschvölkische „Deutsche Zeitung" auf die grandiose Idee, die Demokraten hätten die Kabinettskrise hervorgerufen, weil verschiedene ihrem demnächstigen Parteitag vorliegenden Anträge ein unzweideutiges Bekenntnis nach links forderten. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung" findet den Rücktritt Stegerwalds, der die schlimmsten Folgen nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich nach sich ziehen könne, absolut unverständlich. Daß sie der Vermutung Ausdruck gibt, die Demokraten hätten den Rücktritt erzwungen, um den Mehrheitssozialisten in den Sattel zu verhelfen, ist bei ihrer Einstellung selbstverständlich. Der schwerindustrielle „Lokanzeiger" sieht Herrn Severing schon wieder an seinem alten Platze und meint, man werde dann erneut beobachten können, daß ein Ministerium Dominicus einem Ministerium Severing doch immer noch sehr vorzuziehen sei. Die konservative „Kreuzzeitung" hofft, daß das preußische Zentrum an seinem Entschlusse festhalten werde, nur mit Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei eine Koalition zu bilden, nicht aber allein mit der Sozialdemokratie. Das Blatt des geistigen Mittelstandes, die „Tägliche Rundschau", erlitt vor Schmerz über Stegerwalds Rücktritt einen hysterischen Wutanfall und spuckt Gift und Galle gegen die Demokraten. Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" bedauert ebenfalls Stegerwalds Rücktritt, gibt aber zu, daß die sozialdemokratischen Forderungen für die bürgerlichen Parteien unerfüllbar waren. Positive Arbeit zu leisten, wäre der Landtag unter solchen Verhältnissen nicht fähig gewesen. Der Rücktritt sei das richtige Mittel gewesen. Der sozialdemokratische „Vorwärts" erklärt, nicht die Sozialdemokratie habe das Kabinett gestürzt, es sei in sich selbst zusammengebrochen. Die Bildung einer anderen Regierung als eines Übergangsministeriums sei wahrscheinlich unmöglich. Freilich wisse man dann nicht, wie lange der Übergang dauere und wohin er führe. Ganz ungetrübte Genugtuung empfindet nur die unabhängige „Freiheit", während die kommunistische „Rote Fahne" wie üblich „Stimmes vor den Toren!" schreit. Übrigens gibt auch die „Tägliche Rundschau" in der Abendausgabe zu, daß die sozialdemokratischen Forderungen für die Demokraten unerträglich waren. Die demokratische Berliner Presse ist von einer erfreulichen Einmütigkeit in der Beurteilung der Sachlage. Sie erklärt, daß der Grund für den Entschluß der Demokraten die Erkenntnis unabweisbarer sachlicher Notwendigkeit war und billigt ihren Schritt. Auch die demokratische Presse Breslaus begrüßt ihn. Die „Breslauer Zeitung" nennt die Demokraten Bahnbrecher der großen Koalition. Auch die „Frankfurter Zeitung" hält ihre Genugtuung und Billigung des demokratischen Verhaltens nicht zurück.

Erhöhung der Kohlensteuer?

Essen, 3. Nov. Wie wir hören, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer weiter auf 40 Prozent zu erhöhen. Bisher hatte, seitdem die Kohlensteuer besteht, also seit 1917, die Steuer unverändert 20 Prozent betragen. Im Frühjahr dieses Jahres war dann eine weitere Steigerung um 5—10 Prozent geplant, doch haben sich die Erwägungen solange hingezogen, daß erst jetzt die Sache mit einer Steigerung auf 40 Proz. spruchreif werden soll.

Die Steuervorlagen im Reichstag.

Berlin, 3. Nov. Im Reichstag wird der Ernährungsminister Hermes, der mit der Führung der Geschäfte des Reichsfinanzministers beauftragt ist, heute die Steuervorlagen begründen. Die Generaldebatte wird darüber aller Voraussicht nach den Freitag und Sonnabend dauern.

Berlin vor einem neuen Generalstreik?

Berlin, 3. Nov. (Privattelegramm.) Laut „B. Z." am Mittag wird das Verkehrsamt der Stadt Berlin in dem Streit der Gastwirtsgehilfen vermittelnd eingreifen, nachdem die Bemühungen des Demobilmachungskommissars gescheitert sind. Voraussichtlich werden die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch heute im Verkehrsamt zusammentreten, das sein Eingreifen damit begründet, daß dem Fremdenverkehr durch den Ausstand Nachteile erwachsen.

In der gestrigen Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß, wenn der Konflikt im Gastwirtsgewerbe nicht in drei Tagen beigelegt ist, die Plenarversammlung fest entschlossen ist, den Generalstreik in Berlin zur Anwendung zu bringen.

Arbeitsruhe am 9. November in Berlin.

Berlin, 3. Nov. Die Funktionäre der Gemeindebetriebe Berlins haben in einer Vollversammlung beschlossen, in sämtlichen Gemeindebetrieben am 9. November die Arbeit ruhen zu lassen.

Bergarbeiter-Demonstration gegen die hohen Kartoffelpreise.

Nach einer Meldung des „P.-A." aus Wanne veranstalteten gegen 35 fünfzehntausend Bergarbeiter der Zeche in Bonne, Eickel und Röhlinghausen vor dem Amtshause eine Demonstration gegen die hohen Kartoffelpreise. Die Führer ließen keinen Zweifel darüber, daß sie, falls nicht rasch Abhilfe geschaffen wird, jede Verantwortung ablehnen müßten.

166 Millionen Dollar amerikanische Spenden für Deutschland.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Bei der festlichen Zusammenkunft im Hotel Astor in Newyork, die das General Relief Committee zur Unterstützung der 3 Millionen-Dollar-Kampagne veranstaltet hatte, wurde ein an den Vorsitzenden Charles Nagel gerichteter Brief des Präsidenten Harding verlesen, in dem er die Bemühungen zur Wiederherstellung wechselseitigen Wohlwollens zwischen Amerika und Deutschland und Österreich herzlichst begrüßt. Herr Nagel verlas ein Dankestelegramm des Landesdirektors v. Winterfeldt vom Deutschen Roten Kreuz. Er gab dann die von Handelsministerium in Washington stammenden, für die letzten zwei Jahre geleisteten Totalsummen der nach Deutschland und Österreich geschickten Sachen mit 166 Millionen Dollar an. Clement Biddle, eben von Deutschland zurückgekehrt, dankte im Namen der Spender für die Unterstützung durch das Central Relief Committee. Er erklärte sein Bedauern, daß Deutschland auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten sei, und brückte seine Besorgnis aus über die Zukunft Deutschlands und der Welt, falls nicht die Schadenersatzverpflichtungen Deutschlands sofort ermäßigt würden.

Weiterer englisch-russischer Notenwechsel.

London, 3. Nov. Die britische Regierung hat gestern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewisten bereit erklärten, die Vorkriegsschulden Russlands anzuerkennen, nach Moskau gesandt. Die britische Note ersucht um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehme z. B. Bezug auf die Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne aber nicht die riesigen Forderungen aus Staatsanleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

Keine deutsch-englischen Kreditverhandlungen.

Berlin, 3. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein in London bezweckte ausschließlich die Erörterung banktechnischer, den Geschäftsverkehr der Reichsbank mit der Bank von England betreffender Fragen. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen stand er überhaupt nicht im Zusammenhang, insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keine derartigen Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

Der Waffenstillstandstag amerikanischer Nationalfeiertag.

Washington, 3. Nov. (WTB.) Der Kongreß nahm einen Beschluß an, wonach der Tag des Waffenstillstandes zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Das Entente-Ultimatum an Ungarn.

Paris, 3. Nov. (WTB.) Der von der Botschafterkonferenz der ungarischen Nationalversammlung gesetzte Termin für die Entfernung der Habsburger beginnt am 1. November und endet am 8. November.

Englisch-irische Verhandlungen.

London, 3. Nov. (WTB.) Der Ausschuß der irischen Konferenz, bestehend aus Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead und den Sinn-Feiner-Vertretern Griffith und Collins, hielt gestern abend eine zweistündige Sitzung ab. Amtlich wird bestätigt, daß Lloyd George am Sonnabend nicht nach Washington abreist.

Neue Angriffe ungarischer Banden.

Wien, 3. Nov. Gestern fanden starke Angriffe ungarischer Banden an der steiermärkischen Grenze statt. Aus Friedberg sollte mit einem Lastauto Verstärkung herbeigeschafft werden. Auf der abschüssigen Straße stürzte das Auto um, wobei neun Reichswehrsoldaten getötet wurden.

Französische Hetze gegen die Reichswehr.

Eine Entdeckung des Herrn Lefèvre.

Aus Paris wird gemeldet:

Der frühere Kriegsminister Andre Lefèvre hat nunmehr einen Beweis dafür entdeckt, daß Deutschland für den „Revanchekrieg" rüstet. Den Zeugen, den er für die Behauptung auftellt, wird, nach seiner Ansicht, die deutsche Regierung nicht verleugnen können. „Der General v. Seeckt gesteht" ist der Titel in fetten Buchstaben in einem Artikel des „Journals" zu lesen, der ein Dokument von angeblich „ungeheurer Wichtigkeit" behandelt, nämlich die für die Reichswehr herausgegebene neue Felddienstordnung. Für dieses Buch hat General v. Seeckt das Vorwort geschrieben. In diesem Vorwort ist der Satz zu lesen, den Herr Lefèvre als „das Geständnis" betrachtet. Dieser Satz lautet: „Die Felddienstordnung will zugrunde legen die Bestände, die Bewaffnung und die Ausrüstung der modernen Armee einer militärischen Großmacht, und nicht nur die deutsche Armee von hunderttausend Mann, die wir nach dem Friedensvertrag haben dürfen." Zu dieser deutlich bezeichneten Fiktion äußert Herr Lefèvre, daß Gefahr im Verzuge sei. Er bedauert die Leute in Frankreich, die mit einem chloroformierten Wattebausch unter der Nase herumgingen (!), um nur nichts von Gefahren hören und sehen zu müssen. „Wenn die Optimisten immer wiederholten, daß in Deutschland weder Menschen noch Material vorhanden seien, dann sei das ein Irrtum. Wenn es rasch losgehen solle, seien genügend Männer da, die ihre Ausbildung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0001

im letzten Kriege erhalten hätten; dauere es noch etwas länger, dann werde die von Herrn Diem ausgebildete Schar der Sportjugend das nötige Material stellen. Die Geschütze und sonstige Kriegsmaschinen bringe die großartige deutsche Technik, die sich im Nu auf Kriegsarbeit umstellen könne, in kurzer Zeit fertig. Deshalb freut sich Herr Lefèvre, daß wenigstens mit der Zerstörung der Deutschen Werke ein Anfang gemacht werden soll. (!)

In dem vom 1. September 1921 datierten, vom General v. Seeckt verfaßten Vorwort heißt es:

„Die Vorschrift nimmt Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres einer neuzeitlichen militärischen Großmacht als Grundlage an, nicht nur das nach dem Friedensvertrag gebildete deutsche 100 000-Mann-Heer."

Daß damit nur gesagt werden soll, die Reichswehr müsse in ihrer militärischen Tüchtigkeit größeren modernen Heeren gleichen, und daß nicht gesagt werden soll, ihre „Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung" müßten über die im Friedensvertrag angezeichneten Grenzen hinaus vermehrt werden, ist völlig klar. Herr Lefèvre weiß das auch ganz genau, aber so er keine Gelegenheit begründet, um gegen Deutschland die öffentliche Meinung und die Politiker aufzureizen, so entfiehlt er absichtlich den Sinn jenes Satzes. Unmittelbar hinter dem von Herrn Lefèvre zitierten Satze aber stehen in dem Vorwort andere Sätze, die der ehemalige französische Kriegsminister anscheinend nicht wiedergegeben hat. Es heißt da:

„Nur wenn wir die Erinnerung an die uns entzogenen Kampfmittel frischen, schwere Artillerie, Kampfwagen usw. wach erhalten, werden wir Mittel und Wege finden, auch ohne sie den Kampf gegen einen neuzeitlich ausgerüsteten Feind zu bestehen. Ihr Fehlen darf nicht zur Scheu vor dem Angriff führen. Größere Beweglichkeit, bessere Ausbildung, Gewandtheit in der Geländeausnutzung, häufige Zubilsenahme der Nacht, bieten teilweisen Ersatz."

Hier wird also mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Reichswehr nicht die „Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung einer neuzeitlichen militärischen Großmacht" erlangen könne — was übrigens selbstverständlich ist. Wenn Herr Lefèvre, wie es scheint, diese Sätze unterschlagen hat, so hat er eine ganz gewöhnliche Fälschung begangen.

Noch nicht genug entwaffnet?

Paris, 3. Nov. „Echo de Paris" meldet, daß General Nollet ernannt nach Paris zur Berichterstattung über die deutsche Entwaffnung berufen wurde. Der Botschafterrat habe neue Beanstandungen wegen der Entwaffnung in Deutschland zu machen.

*

Die Zerstörung der deutschen Werke.

Berlin, 3. Nov. Über den Inhalt der deutschen Note bezüglich der Deutschen Werke, die in den nächsten Tagen abgehen wird, wird aus Parlamentskreisen bekannt, daß die deutsche Regierung in ihrem Schreiben gegen das Vorgehen der Entente in dieser Angelegenheit nicht nur Protest erheben, sondern auch wahrscheinlich erklären wird, daß die Ententeforderungen gegen den Versailler Vertrag verstoßen. Außerdem wird in der Note noch auf die ungeheuren Schädigungen der deutschen Wirtschaft hingewiesen werden, die eine Erfüllung des Verlangens der Alliierten mit sich bringen würde. Gleich der Betriebsversammlung des Werkes Wolfgang in Hanau hat jetzt übrigens auch eine Versammlung des Zentralbetriebsrates der Werke Spandau und Haselhorst den Beschluß gefaßt, den Anordnungen der Interalliierten Militärkommission nicht Folge zu leisten. Es wird in diesem Beschluß erklärt, die Lammesgeduld der Arbeiter der Deutschen Werke sei zu Ende. Der Generaldirektion und den Werkdirektionen wird gleichzeitig verschert, daß die gesamte Arbeiterschaft, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, geschlossen hinter ihnen stehe, um den Vorstoß der Interalliierten Militärkommission abzuwehren.

Die Angestellten der Deutschen Werke wehren sich.

Aus Berlin wird gemeldet: Die am Mittwoch im ehemaligen Herrenhause versammelten Angestellten der Hauptverwaltung der Deutschen Werke haben zu der Bedrohung der Werke durch die neuen Ententemaßnahmen einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die Angestelltenschaft der Deutschen Werke hat seit Gründung der Firma die Möglichkeit gehabt, den Umstellungsprozeß von der Kriegsindustrie auf die Friedenswirtschaft aufs genaueste zu verfolgen. Mit Hilfe der Direktion, der Angestellten und Arbeiterschaft und durch deren einmütiges Zusammenarbeiten ist es möglich gewesen, aus Betrieben, die früher nur für Zerstörungszwecke gearbeitet haben, Betriebe zu schaffen, die dem Wiederaufbau, dem Handel und der Verständigung dienen. Die Maßnahmen der Entente, die durch nichts begründet sind, sind geeignet, diesem aufblühenden Unternehmen den Todesstoß zu versetzen. Das Vorgehen der Entente hat zur Folge, daß viele Tausende und Abertausende von Angestellten und Arbeitern nicht nur aus der ihnen liebgewordenen Beschäftigung herausgerissen werden, sondern daß sie ihre Arbeit verlieren und mit ihren Familien, ihren Eltern, Frauen und Kindern dem Staat zur Last fallen und der Not und der Verzweiflung preisgegeben werden. Die Forderungen der Entente haben aber weiter zur Folge, daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands immer größer wird und daß die Möglichkeit der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, die von der Regierung bisher treu und redlich gehalten wurden, immer geringer werden muß. Die Angestellten der Deutschen Werke erblicken in dem Vorgehen der Entente einen systematischen Feldzug der französischen Militärpartei, der darauf hinausläuft, Deutschland und sein Volk zu vernichten und auszurotten. Die Angestellten protestieren mit aller Schärfe und Entschiedenheit gegen ein derartiges Vorgehen, das durch nichts begründet ist und lediglich den Zweck verfolgt, die deutsche Industrie und speziell die Deutschen Werke, die als sozialisierte Betriebe eine Vorstufe für eine neue Wirtschaftsordnung darstellen, aus dem Wirtschaftsprozeß auszuschalten und zu vernichten. Die Angestellten verlangen vom Betriebsrat, daß er beim Vorstand der Hauptverwaltung vorstellig wird. Er möge nichts unterlassen im Widerstand gegen die Forderungen der Entente. Sie sind bereit, den Vorstand in seinen Maßnahmen in jeder Weise voll zu unterstützen. Wir bitten ferner die anwesenden Gewerkschaftsvertreter, diese unsere Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu unterbreiten und bei den beteiligten Regierungsstellen nachdrücklichst dafür einzutreten, daß nichts unversucht gelassen wird, um ein derartiges Vorgehen, wie es die Ententekommission jetzt plant, ein für allemal unmöglich zu machen.

Im Reichswirtschaftsrat

haben die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde angehörenden Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Politrsch, Kreil und Genossen den Antrag eingebracht, die zerstörenden Maßnahmen der Entente in den Deutschen Werken zum Gegenstande einer Beratung im Plenum des Reichswirtschaftsrates zu machen. Da die nächste Plenarsitzung bereits am Donnerstag stattfindet, wird der Antrag voraussichtlich eine baldige Behandlung erfahren.

Deutsche und französische Techniker vereinigen sich zum Wiederaufbau.

Paris, 3. Nov. Der französische Minister für die befreiten Gebiete Loucheur empfing gestern eine Abordnung, die aus Vertretern der französischen Gewerkschaft der Techniker und der deutschen Gewerkschaft der Ingenieure bestand. Ferner waren deutsche Arbeitervertreter anwesend, darunter die Abgeordneten Silberschmidt und Sassenbach. Der französische Generalsekretär der Gewerkschaft Marcel Vergent legte dar, daß zwischen den deutschen und den französischen Vertretern ein Abkommen wegen des Wiederaufbaues von elf Gemeinden in der Gegend von Chaulnes im Somme-Gebiet getroffen sei. Man ist übereingekommen, sich dabei der Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens zu bedienen. Loucheur nahm von diesen Erklärungen Kenntnis und vereinbarte mit der Abordnung eine neue Zusammenkunft für nächsten Montag, um die Bedingungen für die praktische Durchführung dieses Projektes zu prüfen.

*

Die Kreditaktion und die Industrie.

Berlin, 3. Nov. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die am 4. und 5. November über den Devisenkredit für das Reich entscheiden soll, wird neben dem bekannten Entwurf Hachenburg, der eine Kreditvereinigung und eine Bürgschaft des Betriebsvermögens der Gewerbe, der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke und der zur Vermietung stehenden Gebäude vorsieht, ein vom Arbeitsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie ausgearbeiteter Entwurf beraten werden. Es ist, wie eine Korrespondenz erklärt, sicher anzunehmen, daß in der einen oder anderen Form die Zustimmung des Reichsverbandes erfolgt. Fraglich aber erscheint immer noch, wie sich das Ausland zu der Anleihefrage stellt, ob und in welcher Höhe es die nachgesuchte Anleihe gewähren wird. Gedacht war an eine Milliarde Dollar. Man fürchtet heute, daß man sich mit der Hälfte begnügen muß. Aber schon die Aufnahme von 500 Millionen Dollar würde einen erheblichen Einfluß auf den Kurs der Reichsmark haben. Die Kreditaktion der deutschen Industrie und der Entwurf Hachenburg werden übrigens auch den Mittelpunkt der Aussprache in der nächsten Vollsitzung des Reichswirtschaftsrats bilden, die morgen stattfindet, und auf deren Tagesordnung die Hauptaussprache über die Steuergesetzentwürfe und über die Kreditaktion steht.

Dr. Simons über das Wiesbadener Abkommen.

Berlin, 3. Nov. Der frühere Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, erörtert in der soeben erschienenen Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" das Wiesbadener Abkommen unter dem Gesichtspunkt des Friedensvertrages. Er hebt eine Reihe von Bedenken hervor, kommt aber doch zu dem Ergebnis, daß eine Ablehnung ausgeschlossen sei.

Dabei erörtert er auch die Frage, ob das Abkommen nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands bedarf. Für Frankreich stelle es im wesentlichen nur Rechte dar, die ihm die Durchführung des Friedens von Versailles erleichtern. „Dagegen bringt es für Deutschland", so heißt es weiter, „eine Ausdehnung der Sachleistungspflicht, ohne seine Geldleistungspflicht entsprechend zu mindern. Da der Friedensvertrag zum Gesetz geworden ist, würde eine ihn übersteigende Belastung der deutschen Wirtschaft an sich nur im Wege der Gesetzgebung auferlegt werden können. Wie bekannt geworden ist, hat indessen der Reichsfinanzminister in dem von ihm eingeholten Gutachten die Rechtsverbindlichkeit und Verfügungsmäßigkeit der Verordnung bejaht. Ich möchte annehmen, daß er die Zustimmung der Reichsregierung zum Abschluß des Wiesbadener Abkommens aus den Vollmachten herleitet, die ihr durch das Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag erteilt sind."

In jedem Falle kommt Simons zu dem Schlusse, daß der Reichstag dem Abkommen keinesfalls die Genehmigung verweigern kann.

Ehrung unserer Gefallenen.

Zum Gedächtnis der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer am Mittwoch auf dem Pariser Friedhof Ivry, wo etwa hundert deutsche Krieger beerdigt sind, in Gegenwart der Mitglieder der deutschen Botschaft und der übrigen deutschen Stellen in Paris einen Kranz nieder.

*

Der Vorsitzende der internationalen Kommission für Oberschlesien.

Oppeln, 3. Nov. Der französische Generalkonsul und Stellvertreter des Generals Le Rond, Poncet, ist vom Obersten Rat zum Vorsitzenden der auf 15 Jahre für das oberschlesische Industriegebiet eingesetzten Internationalen Kommission ernannt worden. Der Vorsitzende der oberschlesischen Grenzfestsetzungskommission, General Dubost, ist jetzt hier eingetroffen. Die Grenzfestsetzungskommission trat bereits zusammen.

Die letzte Oberschlesien-Note der Botschafterkonferenz auch Polen Kürrreicht.

Berlin, 3. Nov. Das WTB. verbreitet: Wie zur Kenntnis der deutschen Regierung gekommen ist, hat die Botschafterkonferenz an die polnische Regierung eine gleiche Note über die Grenzziehung in Oberschlesien, wie nach Berlin, und die deutsche Botschafter in Paris übereicht worden ist.

Das französische Gewaltregiment in Oberschlesien.

Gleiwitz, 3. Nov. Gestern abend gegen 8 Uhr erschienen plötzlich in der Lobmeschstraße französische Soldaten, die die Zugänge zum evangelischen Vereinshause absperrten. Es wurde eine Durchsuchung der Räume des Vereinshauses vorgenommen. Die an einem Übungsabende teilnehmenden Leute, ehemalige Kriegsteilnehmer und frühere Schüler der Mittelschulen, etwa 60 an der Zahl, wurden verhaftet und nach der Franzosenkaserne gebracht.

Kundgebung der oberschlesischen Arbeiterschaft.

Die christlichen Gewerkschaften fordern von den Polen Bürgschaften für die Arbeiterrechte.

Oppeln, 3. Nov. Auf Einladung des Ortskartells Gleiwitz hatte sich gestern eine große Anzahl Vertreter christlicher Gewerkschaften Oberschlesiens im Stadtgartensaal versammelt, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Erkelenz über die gegenwärtige und zukünftige Lage anzuhören. Der Redner führte u. a. aus: Bei der Abstimmung hat auch eine Anzahl oberschlesischer Arbeiter für Polen gestimmt, ohne sich klar darüber gewesen zu sein, was sie taten. Sie glaubten den Versprechungen, die ihnen von Korfanty und seinen polnischen Agitatoren gemacht wurden. Unsere Aufgabe, unsere Sorge muß sein, dafür einzutreten, daß die ausgestellten Wechsel jetzt auch zur Einlösung kommen. Wenn auf deutscher Seite so hätte gearbeitet werden können, wie die Polen gearbeitet haben, so wäre zweifellos für Deutschland ein weltaus günstigeres Abstimmungsergebnis herauszekommen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß in den Kreisen Lleß und Rybnik und in den anderen Grenzgebieten eine deutsche Propaganda fast unmöglich war. Das Ergebnis der Entscheidung ist ein verstümmeltes Wirtschaftsgebiet Oberschlesien. Die Entscheidung über Oberschlesien müssen wir auch vom Standpunkte der Lebensmittelversorgung bedauern und verurteilen. Sobald die politische Grenze mit den Bestimmungen über den freien Warenverkehr, Reichsanleihe der deutschen Währung, Beibehaltung des Eisenbahnsystems usw. in Kraft treten wird, wird sich das Schieber- und Wucherturn um Millionen bereichern. Müßiggang werden Leute, die nicht gewillt sind, produktive Arbeit zu leisten, von dem Ergebnis der Arbeit anderer ein Schlemmerleben führen. Die Kosten für die Verschwendung dieser Drohnen werden die breiten Massen in Deutschland und Polen zu tragen haben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Ersatzung der sozialen Verscherung, der Gewerkschaften an uns für sich und der Betriebsräteeinrichtung, des Schlichtungswesens und anderer Errungenschaften der Arbeiterbewegung trotz der papierenen Zusicherung vernichtet werden. Aus diesen und anderen Erwägungen ist unsere erste Forderung die, maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftsabkommens zu erhalten. Es muß Sorge getragen werden, daß Bürgschaften für die Arbeiterrechte geschaffen werden. Es ist wohl möglich, durch eine Grenze ein Gebiet zu zerreißen, möglich ist es aber nicht, uns von den deutschen Brüdern zu trennen. So bedeutet auch die jetzige Entscheidung nur eine Episode in der Weltgeschichte. Uns bleibt die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung.

Politische Uebersicht.

Zum Ende der Habsburger.

Ungarn soll sich beeilen.

Paris, 3. Nov. Die Botschafterkonferenz beschloß, Ungarn um schleunige Erklärung der Absetzung der ganzen Dynastie Habsburg zu ersuchen, um die Kleine Entente zu beruhigen und deren Demobilmachung zu ermöglichen.

Ungarn will die Beschlüsse durchführen.

Prag, 3. Nov. Die ungarische Regierung hat der tschecho-slowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Das Ende der Herrscherrechte der Habsburger.

Wien, 3. Nov. Der von der ungarischen Regierung heute einzubringende Gesetzentwurf spricht aus, daß die Herrscherrechte Karls aufgehört haben und die pragmatische Sanktion erloschen sei, wobei das Recht der freien Königswahl wieder der ungarischen Nation anheimfalle. Diese hält die überlieferte Staatsform des Königtums unverändert aufrecht, verschiebt aber die Besetzung des Thrones auf eine spätere Zeit und weist die Regierung an, zu geeigneter Zeit Vorschläge zu machen. Von radikaler Seite wird der Nationalversammlung der Antrag vorgelegt werden, daß an Stelle der Regierungsvorlage die 1848 von Ludwig Kossuth verlangte Entthronungserklärung dem Gesetze noch einverleibt wird.

*

Blutige Mobilmachung in Eger.

Plauen, 3. Nov. Wie hier bekannt wird, kam es anläßlich von Pferdemusterungen in Eger zu blutigen Ausschreitungen, denen 40 Tote und 80 Verwundete zum Opfer gefallen sein sollen. Die zur Pferdemusterung nach Eger gekommene Prager städtische Militärabteilung beschlagnahmte angeblich einige Pferde anstatt mit Bargeld mit Anweisungen auf die Steuerbehörde. Die Bayern gerieten hierüber in große Aufregung und nahmen gegen das Militär Stellung, das hinzerband auf sie feuerte. Die Verbreitung dieser Nachricht ist in Böhmen strengstens verboten.

*

Deutschland.

Die neue Besoldungsordnung im Reichsrat.

Wie die Blätter hören, ist die neue Besoldungsordnung dem zuständigen Ausschuß des Reichsrates zugegangen. Das Plenum wird sich am nächsten Montag mit der Angelegenheit beschäftigen.

Auflösung Geheimorganisationen in Sachsen?

Dresden, 3. Nov. Der sächsische Landtag trat gestern nachmittag zur Wintersession zusammen. Der Präsident gedachte einleitend der widerrechtlichen Zerreißung Oberschlesiens. Mit dem Ausdruck der Sympathien für die Oberschlesier verband der Präsident den der Hoffnung auf eine baldige Revision des Versailler und Genfer Diktates. Anschließend gab der Minister des Innern eine Erklärung ab über die Geheimorganisationen in Sachsen. Die gesamte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen Organisation Escherich sei in Sachsen auf die Beine gestellt worden. Geldgeber seien die Finanzgewaltigsten der sächsischen Industrie. Mörrere Waffenlager wurden beschlagnahmt. Jedenfalls bestehe eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen. Das Polizeiamt Leipzig sei mit der Auflösung des Vereins beauftragt. Die Schuldigen würden bestraft werden.

Sich selbst getreu.

Roman von Gerhard von Amyntor.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das muß wahr sein", fiel Peter zustimmend ein, „Sie hätten ja ebenso gut das Geld für sich behalten und auf die Gesundheit von uns beiden vertrinken können. Und wenn es auch gerade kein Vermögen ist — nun, dem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul. Das Erbrecht an sich ist ja freilich eine Ungeheuerlichkeit."

Adolf schnitt jede weitere Bemerkung des Bruders ab, indem er Friedrich Just mit seiner Braut bekannt machte.

Der freundliche Fremde wechselte mit Sabine einige artige Worte, dann grüßte er alle drei und verließ wieder die Werkstatt.

„Du", hob Peter an, „weißt du, es ist eigentlich gräßlich ruppig, daß unser Bruder Willkom, der „Herr Assessor", nicht zu unseren Gunsten auf sein Drittel an der Erbschaft verzichtet hat."

„Wie käme er denn dazu? Er ist ebenso arm wie wir."

„Ja, er ernährt sich aber aus der Staatskrippe, und wir müssen uns unser Brot mit unserer Hände Arbeit sauer verdienen."

„Ich meine auch", warf Sabine dazwischen, „daß so ein Herr im Ministerium es nicht nötig hätte, mit seinen armen Brüdern, die sich so plagen müssen, zu teilen."

„Hängst du auch an?" wandte sich Adolf in freundlicher Drohung an seine Braut. „Kinder, redet doch nicht solchen Unsinn! Meint Ihr denn, in einem Ministerium werde nicht gearbeitet, sondern nur Skat gespielt und Kegel geschoben?"

„Na, na, es ist ja schon gut", besänftigte Peter den scheinbar Erzürnten, den er heute in möglichst guter Laune erhalten wollte. „Du verteidigst halt immer die Bourgeois, sie werden dich noch einmal zum Kommerzienrat ernennen."

Nachdem Peter seinen Bruder auf die Seite genommen hatte, so daß Sabine, die inzwischen ein Licht angezündet hatte, um die Werkstatt aufzuräumen, nichts von seinen Worten hören konnte, flüsterte er ihm die dringende Bitte ins Ohr: „Sei lieb, Bruder, und pumpe mir von deinem Teil noch fünfzig Mark, ich muß mir einen Sparfonds anlegen; wie ich vermute, werden wir Maurer binnen acht Tagen den Anstand beginnen."

„Ihr seid doch merkwürdige Menschen", schmollte der andere, aber schon hatte er die Rechte in seine Westentasche gesenkt und holte die gewünschte Banknote hervor; er konnte dem innig geliebten Bruder nun einmal nichts abschlagen. „Da nimm, und wegen der Rückgabe macht dir keine Sorge; das Geld ist ja so gut wie gefunden."

„Was hast Ihr da?" fragte Sabine, die die Heimlichkeiten der Brüder bemerkt hatte und näher trat.

Peter steckte den verräterischen Schein schnell zu sich und lachte: „Ich erzählte meinem Bruder eben, wie du mich vorhin mit ihm verwechselt hast."

„Ach, das Plappermaul!" zürnte Sabine, und ein süßes Erröten lief über ihr reizendes Gesichtchen, „ich konnte nicht dafür, Adolf; ich dachte nicht anders, als du stündest an der Drehbank."

„Was ist denn dabei?" beruhigte sie der Bräutigam, „auch unsere Pflegemutter hat uns oft genug verwechselt. Du hast ihm wohl einen zärtlichen Willkommenkuß gegeben, he?"

„Freilich hat sie das!" platzte Peter belustigt heraus, „und weißt du, Adolf, ich habe ganz still gehalten, hi, hi, hi!"

„Kann dir's gar nicht verdenken. Damit du übrigens siehst, daß ich deshalb nicht zürne, so gib ihr zum Abschied den Kuß zurück."

„Das soll ein Wort sein!" jauchzte Peter und ehe Sabine sich dessen versah, hatte er ihr einen Kuß geraubt und stürmte mit übermütig lautem Lachen zur Tür hinaus.

4. Kapitel.

„Nun, meine Herren, seien Sie mir noch einmal herzlich willkommen; ich danke Ihnen, daß Sie meiner Einladung so freundlich gefolgt sind."

Der vor kurzem erst zum Rittmeister und Schwadronschef beförderte Herr von Tollen sagte es feierlich, indem er sein mit verlendem St. Peray gefülltes Glas erhob, sich gegen seine Gäste an der Tafel höflich verneigte und dann das Glas in einem Zuge leerte.

Es war in einem der kleinen Säle des Kaiserhofes. Der neu ernannte Rittmeister gab dort seinen Freunden und Bekannten vom Zivil ein Festessen, nachdem er schon am Tage vorher im Kreise der Regimentskameraden im Kasino seine Beförderung gebührend gefeiert hatte. Unter den Gästen befanden sich auch der Freiherr von Brank, der Leutnant von Gotenberg, der zwar schon gestern im Kasino mitgefeiert hatte, aber als Intimus des Festgebers auch im Kaiserhof bei der Begleitung der beiden Sterne nicht fehlen durfte, ferner der Maler Völker und William Tell, der seinerseits vor kurzem den Sprung vom Assessor zum Staatsanwalt ebenfalls glücklich ausgeführt hatte.

„Über Tollen", sagte im Laufe der Unterhaltung der Freiherr, der zur Ehre des Tages im Frack steckte und unter seinem Johanniterkreuze einen fremdherrlichen Orden an feuerrotem Bande um den Hals hängen hatte, „darum dulden Sie diesen französischen Unfug?" Er stieß die Silbertorte näher an seine Augen und log: Chaud-froid de suprêmes de gelinotte Napoléon de cailles à la Lucullus . . ? Mich soll der Teufel holen, wenn ich genau weiß, was das bedeutet; auch möchte ich nicht gerade eine Wette auf die ganz einwandfreie Orthographie dieses Kärchenfranzösisch halten."

„Drücken Sie nachsichtigst ein Auge zu, Herr von Brank", erwiderte der Gastgeber, „es ist nicht meine Schuld; ich habe vergessen, einen deutschen Küchenzettel zu bestellen."

„Wenn er Major wird, muß er es nachholen!" rief Gotenberg, der eben eine Wachtel, die wie eine Nachbildung aus Schokolade aussah, auf seinem Teller zerlegte „dann gibt er uns ein deutsches Essen und deutschen Schaumwein, heute, sehe ich, läßt er in leichtsinniger Weise auffischen."

„Das alte Vorurteil der Deutschen", bemerkte Tell, „wenn sie etwas ganz besonderes zum besten geben wollen, dann holen sie es aus der Fremde."

„Ihr Wort in Ehren, Herr Staatsanwalt", wandte der Maler Völker ein, „ob aber unsere deutschen Schaumweine immer auf der Höhe der französischen stehen, das ist denn doch so'ne Sache."

„Sie sind nicht schlechter als die französischen in derselben Preislage", entgegnete Tell. „Warum sollen wir denn die Speisen und den Zoll für den importierten Champagner immer noch besonders bezahlen? Wahrlich, wir werden nie klug." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

3. November.

Bestimmungen über das Versammlungsrecht.

Nach den zurzeit bestehenden Bestimmungen haben alle Deutschen das Recht, sich friedlich und unbewaffnet zu versammeln (Art. 123 der Reichsverfassung). Alle Versammlungen, Vereinigungen, Umzüge und Kundgebungen sind weder polizeilich anmelde- noch genehmigungspflichtig. Ein Verbot ist, außer gemäß Artikel 123 der Reichsverfassung unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit, nach § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 nur zulässig, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen Änderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen. Zuständig für das Verbot sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen.

Hiernach genießen alle Veranstaltungen, gleichgültig ob von rechts oder links, sofern sie nicht gegen vorstehende Bestimmungen verstoßen, ausdrücklich den Schutz des Gesetzes. Die Behörden, insbesondere die Polizei, sind, wie der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsausschuß und dem preußischen Minister des Innern durch einen bereits durch die Presse gegangenen Erlaß vor kurzem besonders zum Ausdruck gebracht haben, verpflichtet, Störungen derartiger gesetzlich zugelassener Veranstaltungen unbedingt zu verhindern. In dem Erlasse heißt es weiter, daß in der Zeit in der Umgebung von Berlin Veranstaltungen, die als geschlossene oder öffentliche von Vereinen und Organisationen mancher Art veranstaltet waren, gestört und gewaltsam verhindert worden sind unter dem Vorgeben, daß es sich um „nationale", „reaktionäre" oder ähnlich bezeichnete Veranstaltungen handele. Ein Verbot derartiger Versammlungen dürfe nicht davon abhängig gemacht werden, ob andere Kreise der Bevölkerung die Absicht hätten, die Versammlung zu stören. Die Behörden haben hiernach unparteiisch, lediglich nach Maßgabe der oben angeführten gesetzlichen Vorschriften zu verfahren und alle gesetzlich zugelassenen Veranstaltungen zu schützen.

*

** **Beamtenhochschulkurse.** Kursus 4 „Der Mensch ein Zellenstaat" beginnt am Freitag den 4. d. M. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.

** **Keine Ernennung zum Rektor?** Von der Regierung in Merseburg — Abteilung für Schulwesen — wird uns heute mitgeteilt, die in der letzten Sonnabendnummer veröffentlichte Notiz, betreffend die Ernennung des neuen Rektors für die Volksschule II stimme nicht. Unser Berichterstatter — für den die Abteilung für Schulwesen ein „lebhaftes Interesse" bekundete, das wir nach dem allgemein bekannten, selbstverständlichen Grundsatz des Redaktionsgeheimnisses nicht befriedigen konnten — war uns ein durchaus vertrauenswürdiger, erprobter Gewährsmann.

** **Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 ₰ berechnet und wann nicht?** Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 ₰ fällig, wenn der Anschluß des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig. Meldet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der anrufende fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinen Amts durch das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Aufblinken) der beweglichen Gabel bei Tischgebühren oder des beweglichen Hakens bei Wandgebühren zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamtin den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Verwendung des Flackerzeichens ist in den vorgezeichneten Fällen ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehrfachrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperre, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebensowenig sind alle Anmeldungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Störungs-, Auskunfts-, Beschwerde- und Aufsichtsstelle) in Angelegenheiten des Fernsprechbetriebes nicht gebührenpflichtig.

** **Der Verein zur Hebung der Geflügelzucht** hielt am Mittwoch abend im Neuen Schützenhaus seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Weilepp, eröffnete dieselbe und sprach seine Freude über den zahlreichen Besuch aus. Vor der Aufnahme der geschäftlichen Angelegenheiten gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten des Hinscheidens des Ehrenvorsitzers Hilbert, der dem Verein seit längerer Zeit angehörte und sich stets als eifriges, arbeitswilliges Mitglied betätigte. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf machte der Vorsitzende die Anwesenden mit dem Oberinspektor Gründler-Halle bekannt, der sich bereit erklärt hatte, über die Vorbereitung des Geflügels zur Ausstellung zu sprechen. Was der Redner vortrug, war aus eigenen Erfahrungen geschöpft und erweckte darum das lebhafte Interesse der Zuhörer. Zunächst beantwortete er die selbst gestellte Frage: Welchen Zweck haben die Ausstellungen? Sie sollen ein Wettbewerb unter den Züchtern sein und zum Vergleich guter Zuchtmittel dienen, Anregung bieten und Gelegenheit geben, Vergleiche zu ziehen und die Rassenkenntnisse überhaupt zu erweitern. Die zweite Frage lautete: Welche Tiere sind auszustellen? In erster Linie gesunde, wohlkräftige Tiere, dann erst kommen Rasse, Figur usw. in Betracht. Redner verbreitete sich dann eingehend über einige in den Geflügelhöfen hier vorkommende Krankheitserscheinungen, wie Schnupfen, Kalkfleine und das Schlachtgeflügel-Kämpfung an. Tiere mit Abnormitäten oder Verletzungen sollen gleichfalls nicht ausgestellt werden. Für die Mitglieder ist es jetzt höchste Zeit, durch gute Pflege und Sauberkeit auf den Zustand der zur Ausstellung gelangenden Tiere einzuwirken. Weiterhin gab Redner wertvolle Winke über Erzeugung einer glänzenden Gefiedert, Frangsmauserung, Rasseeigenschaften, Gewöhnung an den Ausstellungsstall, die verschiedenen Methoden zur Reinigung schmutziger Tiere und die Beseitigung schlecht gewachsener Federn. Der Züchter darf in Bezug auf letzteres natürlich nicht zu weit gehen, um sich nicht des Betruges schuldig zu machen. Der Vorsitzende dankte Herrn Gründler für die lehrreichen Ausführungen und knüpfte hieran einige Mitteilungen über die Vorbereitungen zur Ausstellung des Vereins. Aus denselben ist hervorzuheben, daß Herr Erster Bürgermeister Hertzog wieder das Protektorat über die Ausstellung übernommen und die Stadt einen Ehrenpreis von 100 ℳ gestiftet hat, der zur Beschaffung eines Werkes über Geflügelzucht verwendet werden muß. Als Eingänge liefe der Vorsitzende eine Einladung zur Ausstellung an einer dort im Dezember d. J. stattfindenden Geflügelausstellung, sowie Anmeldungen zu solchen aus Weißenfels, Schkeuditz und Lichterfelde vor. Angebote von Plakaten wurden besprochen und darüber Beschluß gefaßt. Der Provinzialverband der Geflügelzüchtervereine hält am 21. Dezember d. J. in Halle seine Hauptversammlung ab, deren Besuch empfohlen wurde. Die Versicherungs-Aktiengesellschaft „Germania deutschland" in Nürnberg macht die Mitteilung, daß sie eine Geflügelversicherung gegen Raub und Seuchen eingerichtet hat und zum Abschluß von Verträgen bereit ist. Herr Tiefenbacher in Neuröfen hat eine Brutmaschine aufgestellt und beabsichtigt dieselbe im Februar 1922 in Betrieb zu setzen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und der Besprechung ausgestellter Tiere schloß der Vorsitzende die Versammlung.

** **Musikalischer Gottesdienst in der Altenburger Kirche.** Die Feier des Reformationsfestes soll kommenden Sonntag früh 10 Uhr in der Altenburger Kirche ein besonders festliches Gepräge erhalten dadurch, daß sie reich musikalisch ausgestaltet wird. Ein Adagio für Geige, Cello und Orgel eröffnet die Feier. Chorgesänge werden abwechseln mit Soloduett und -Terzett. Dazwischen gelangen passende Worte zur Verlesung. Der Geistliche der Gemeinde wird eine Ansprache halten. Hoffentlich findet auch dieser musikalische Gottesdienst, wie bereits früheren, in der Gemeinde beliebte Ausnahme.

** **Nach welcher Uhr soll man sich richten?** So fragt man sich, wenn man durch unsere Stadt geht und die öffentlichen Uhren sieht. Gewiß, Merseburg besitzt eine ganze Anzahl öffentlicher Uhren, die auch fast alle die lobenswerte Eigenschaft haben, „gehen", oder besser gesagt, bestrebt sind, die Zeit anzugeben. Aber welche Uhr geht nun richtig? Denn so viel Uhren wie es gibt, so verschieden ist auch ihre Zeitangabe. Das wäre aber gar nicht so bedenklich, wenn nicht der Unterschied teilweise recht auffallend wäre. So weisen beispielsweise die Geschwisteruhren am Museum (Rathaus und Stadtturm) einen Unterschied von 4 Minuten auf. Für pflichttreue, bürokratische Gemüter vier Minuten weniger Seligkeit. Nehmen wir nun an, die Bahnhofsuhr ginge richtig, so schlägt die Stadtturmuhr den Rekord und läuft 7 Minuten vorwärts, während sich die Rathausuhr mit 1 Minuten begnügt. Die Domuhr gegenüber träumt noch von ehemaligen 4 Minuten Zeiten und kommt zur Zeitzeit mit 3 Minuten zu spät, von der Postuhr ganz zu schweigen; denn die ist anscheinend einem Dauerstreik zum Opfer gefallen. Auch die übrigen öffentlichen Uhren in der Stadt gehen ihre eigenen Wege, unbekümmert um der Menschen Hast und Eile. Vielleicht vereinigen sich einmal alle diese Uhren zu einem Merseburger Gemeinschaftsuhr zu vereinigter öffentlicher Uhr mit dem Recht auf Protestfreiz und Tariferhöhung und schaffen dann eine Merseburger Stadtzeit (die sich aber sicher einige Minuten hinter dem Monde bewegen würde).

*

Zuckerversorgung und Zuckerpreise.

Von sachverständiger Seite wird uns hierzu geschrieben: Nach Aufhebung der staatlichen Zuckerzwangswirtschaft zum 1. Oktober d. J. hat die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie, der Fabriken mit 97 Prozent der deutschen Zuckererzeugung angehören, die möglichst gleichmäßige Verteilung des Zuckers übernommen. Der zeitweilige Mangel an Zucker hat darin seinen Grund, daß durch das Zusammenwirken widriger Umstände, die nicht vorausgesehen werden konnten — anhaltende Trockenheit und Wassermangel — die Rübenernte sich verzögerte und die Rohzuckerfabriken und die Raffinerien zu der in Aussicht genommenen Zeit die Rüben- und Rohzuckererzeugung größtenteils nicht aufnehmen konnten. Der Zucker diesjähriger Ernte wird aber nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im Laufe des November werden aller Voraussicht nach so reichliche Zuckermengen an den Markt kommen, daß der laufende Bedarf und vor zu normalen Preisen voll befriedigt werden kann. Für Ende Monate Oktober bis Dezember ist, bei einer Ernte von etwa 25 Mill. Zentnern Rohzucker, ein Drittel der Jahreserzeugung für den Verkauf freigegeben. Was den Preis betrifft, so hat die Zuckerwirtschaftsstelle einen Großhandelspreis von 350—357 je Zentner gewöhnlichen gemahlenen Zucker ab Fabrik vorgeschrieben. Damit ist der Ausgangspunkt für die Kleinverkaufspreise gegeben, die in mäßigen Grenzen gehalten werden müssen und jedenfalls erheblich niedriger sein werden, als die jetzt vielfach geforderten Wucherpreise, die zu bezahlen nach Lage der Dinge keine Veranlassung vorliegt.

*

Uneheliche Kinder.

Wie das städtische Wohlfahrtsamt uns mitteilt, ist die Zahl der unehelichen Geburten in unserer Stadt leider im Zunehmen begriffen.

Da unter den traurigen Verhältnissen der Gegenwart am meisten die Kinder der Minderbemittelten, ganz besonders aber die unehelichen Kinder, zu leiden haben, so wendet das städtische Jugendamt, eine Abteilung des Wohlfahrtsamtes, diesen seine ganz besondere Fürsorge zu, und die Pflegestellen, denen die Kinder anvertraut werden, werden dauernd überwacht. Die unehelichen Kinder sind die ärmsten unter den Armen. Zu all den Übeln, denen sie von der Geburt an meistens ausgesetzt sind, kommt für sie noch der Makel der außerehelichen Geburt, der ihnen häufig während des ganzen Lebens anhaftet und leider nicht selten zu großem Nachteil wird. Ihnen, die ja fast niemals ein Familienleben kennen lernen und in der Regel von Pflegemüttern in armseligen Verhältnissen groß gezogen werden, möchte das Jugendamt gern noch mehr helfen, und dazu können die Einwohner Merseburgs, namentlich die besser bemittelten, wesentlich beitragen.

Das Jugendamt bittet Familien, die uneheliche Kinder in Pflege und Erziehung nehmen, oder, was für die Zukunft solcher Kinder ganz besonders wertvoll wäre, adoptieren möchten, sich im Zimmer 16 des alten Rathauses (1. Stock) persönlich oder auch schriftlich zu melden. Dort wird zu jeder Zeit bereitwilligst Auskunft erteilt, auch werden solche Kinder nachgewiesen.

Mütter unehelicher Kinder, welche letztere in gute Hände geben möchten, wollen sich ebenfalls im gleichen Amtszimmer melden.

*

Ein Schiedsspruch über die Höchstarbeitszeit.

In der Frage der Erhöhung der Arbeitszeit ist jetzt in Berlin ein bedeutsamer Schiedsspruch ergangen. Die Deutsche Filmindustrie hatte eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich gegen bisher 46 verlangt. Da sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber nicht einigen konnten, wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, das jetzt seinen Spruch gefällt und dem Wunsche der Arbeitgeber entsprechend die Arbeitszeit auf 48 Stunden erhöht hat. In der Begründung des Schiedsspruches heißt es, daß die allgemeine Wirtschaftslage der Gegenwart es als bringendes Gebot erscheinen lasse, daß die gesetzliche Höchstarbeitszeit in den Betrieben möglichst ausgenutzt werde. Das Schiedsgericht hat sich bei seinem Spruch aber auch von der Erwägung leiten lassen, daß die Arbeitgeber sich bereit finden würden, die gewährten Zuschläge von 20 auf 25 Prozent zu erhöhen.

*

Wetterwarte.

V. W. am 4. Nov.: Wechselnde Bewölkung, gelinde, etwas Niederschläge. — 5. Nov.: Etwas kälter, wolkig, zeitweise heiter, Regen und Schnee.

---

§ **Neurössen**, 3. Nov. Eröffnung der Apotheke. Die in dem Hause der Badischen Anilin- und Sodafabrik Merseburger Str. Nr. 50 hier eingerichtete Apotheke ist am 2. November eröffnet worden.

— **Korbetha**, 3. Nov. Über den gestrigen schweren Unglücksfall wird dem W. Tgbl. berichtigend mitgeteilt: Am 29. Oktober etwa 5 Uhr abends kam der Eigentümer der verunglückten Pferde mit seinem Geschirr an den Eisenbahnübergang heran, der an der Flurgrenze Schortleben und Kriechau liegt und von der Bahnbude 25 aus bedient wird. Die Schranke war geschlossen. Auf Rufe wurde sie nicht geöffnet. Nach einem Mühlen an der Schranke erschien die Schrankenwärterfrau. Der Wagenführer trieb die Pferde, die er, neben dem Wagen gehend, an den Zügeln hatte, an. Im Augenblick, als die Pferde den Schienenstrang betreten hatten, kam von Corbetha her eine einzelne Maschine in voller Fahrt heran, faßte beide Pferde am Kopf und Brust und verletzte sie tödlich. Es ist nicht richtig, daß der Eigentümer der Pferde die Bahnschranke eigenmächtig geöffnet hätte, gezwungen. Da sind die Übergang mit trotzdem die Bahnstrecke hier unübersichtlich ist, von einem Wärter bedient, der außer dieser Schranke zwei weitere Schranken zu bedienen hat. Hoffentlich trifft die Eisenbahnverwaltung nunmehr Vorkehrungen zur Vermeidung weiterer Unglücksfälle an dieser Stelle.

Mücheln und Umgegend.

3. November.

* **Neumark**, 3. Nov. Am Mittwoch abend sprach Dr. Berger-Meiseburg in Schumanns Gasthof vor den demokratischen Ortsvereinen Neumark und Lützendorf über „Demokratische Staatsgesinnung". Eingangs schilderte er mit knappen Zügen die politische Lage und ging dann dazu über, die innere Haltung des Demokraten von heute, der im Berufsleben steht, zu schildern. Er wird um seiner Staatsgesinnung wegen angefeindet, sieht zum mindesten allein auf weiter Flur, wird gegeißelt. Da sind die Rechtsparteien, die Blumenmacher, die Unmöglichen fordern und für eine Politik der Unsicherheit arbeiten; da sind die Lauen und Matten, die durch Interessenlosigkeit die demokratische Staatsform diskreditieren; da sind die Nur-Parteipolitiker und die Nur-Gewerkschaftler, da sind zuletzt die Nur-Rückschauenden, die Gestrigen-Politiker. Der Redner wies diese politischen Typen im Vergleich der Gegenwart nach und bezeichnete das Rüstzeug, mit denen sich der als „kleinbürgerlicher Ideologe" verschrieene Demokrat zu wehren weiß; der erste Grund für allen politischen Kampf aber ist die wohlbegründete demokratische Staatsgesinnung, deren drei Grundpfeiler sind: rücksichtslose Nüchternheit bei der Beurteilung der deutschen Lage (Sehen, was ist; Friedensvertrag, Oberschlesien, Genua), Rechtsgesinnung und -Behauptung bis in die kleinsten Alltäglichkeiten hinein (Grundlage für die Staatsautorität), Verantwortlichkeitsbewußtsein als staatsbürgerliche Grundtugend. „Im Hintergrunde aller Pläne aber liegt Deutschland!" Die demokratische Idee geht letztlich über den Staatsgedanken hinaus auf das ganze Volk, vom Staatsbürgertum zum Volksbürgertum. — Die Versammlung war gut besucht. Eine angeregte Aussprache folgte dem Vortrag.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Mittwoch in Zürich 2,85 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,17½ Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 1,50 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,11 Cents bedeutet.

= **Berliner Produktenbörse vom 2. Nov.** Die Preissteigerung machte auch heute erhebliche Fortschritte. Wesentlich hing dies mit der infolge der erneuten Entwertung der Mark eingetretenen scharfen Devisenhausse zusammen, zumal da auch der Ausbruch noch gering ist und Lieferungsmöglichkeiten trotz einer leichten Besserung in der Wagengestellung in einzelnen Gebieten immer noch schwierig sind. Für Weizen und Roggen bleiben die Mühlen infolge des guten Mehlabsatzes fortdauernd starke Käufer. Schärfer tritt die Materialknappheit noch in Hafer zutage, was in den erneuten Preissteigerungen für Abladung und im Fouragegeschäft zum Ausdruck kommt. Auch die Preise für Mais und Gerste stiegen weiter, obwohl für letztere die Brauereien und Malzfabriken zu den hohen Preisen nicht mehr so dringliche Käufer sind. Klee und Futterstoffe werden von vielen Seiten stark gesucht, wobei auch bereits wieder mit Ersatzfutterstoffen vorlieb genommen wird.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 2. Nov.** Weizen, märkischer 320—330, mecklenburgischer 318—327, steigend; Roggen, märkischer 250—257, pommerscher 250—257, steigend; Sommergerste 325—345, sehr fest; Hafer, märkischer 255—258, sehr fest; Mais, ohne Provenienzangabe, Nov.-Jan. 246—250, sehr fest; Weizenmehl 840—900, steigend; Roggenmehl 640—700, steigend; Weizenkleie 165 bis 170, steigend; Roggenkleie 165—170, steigend; Raps 540—550, steigend; Viktoriaerbsen 400—430, kleine Erbsen 310—340, Futtererbsen 260—270, Rapskuchen 210—220, Leinkuchen 310—325, Trockenschnitzel, prompt 155—166.

= **Stroh- und Heupreise.** In Berlin wurden gestern im freien Verkehr folgende Preise ermittelt: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 28—30 ℳ, Haferstroh 22—25 ℳ, strohseilgebundenes Stroh 24—27 ℳ, Langstroh 28—30 ℳ, Wiesenheu, gut, gesund und trocken 73—86 ℳ, Wiesenheu, gesund und trocken 65—68 ℳ, Kleeheu 100—110 Mark. Alles für 50 Kg.

Vermischte Nachrichten.

Falschmünzer in Halle.

Die Aufdeckung einer Falschmünzerwerkstatt in Halle ist der Kriminalpolizei vor einigen Tagen gelungen. Unter den Sachen des wegen Betruges festgenommenen 19jährigen Handlungsgehilfen Erich T. wurden außer mehreren Tausendmarkscheinblüten auch vier falsche 10-Mark-Reichsbanknoten gefunden, die T. behauptete, von einem ihm unbekannten Kellner erhalten zu haben. Man schenkte seinen Angaben jedoch keinen Glauben und durchsuchte sofort seine Wohnung, wobei weitere halbfertige Falschscheine und anderes Beweismaterial vorgefunden wurde. Als Hersteller des Falschgeldes wurde der 17jährige Bruder des T. ermittelt, der seine Fachkenntnisse als gelernter Graveur zur Ausführung der Fälschungen benutzt hatte. Beide Brüder sind nach anfänglichem Leugnen bei der Münzverbrechens geständig und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Für den Vertrieb der Falschscheine war in Essen bereits ein Bekannter gewonnen worden.

Verhaftung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten in Berlin.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, zwei spanische Staatsangehörige zu verhaften, die des Mordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Eduardo Dato beschuldigt sind. Es handelt sich um Luis Nikolau Fort und ein Luis Joaquim Conception. Die Verhaftung erfolgte bereits am 29. Oktober, wurde aber von der Berliner Polizei bisher geheimgehalten, da man hoffte, noch weiteren an der Mutmaßt Beteiligten auf die Spur zu kommen. Die Verhafteten gehören spanischen Syndikatkreisen an. Sie hielten sich nach der Mordtat in Barcelona, später in Paris auf. Von dort begaben sie sich nach Berlin, wo sie am 25. Oktober eintrafen.

Wie wir noch dazu erfahren, wurden die spanischen Behörden sofort nach Ergreifung der Mörder unterrichtet. Die Verhaftung erfolgte in der Wohnung eines Kommunisten, der in Neukölln wohnt. Das Hauptverdienst um die Ergreifung hat sich Kriminalkommissar Heller erworben, der mit einem Assistenten die Verhaftung vornahm. Die spanischen Behörden haben auch ihrer Freude über die Ergreifung der Mörder Ausdruck. Es ist damit zu rechnen, daß sie ausgeliefert werden.

Die „Rote Fahne" gegen die Auslieferung der Mörder.

Die „Rote Fahne" ruft das Berliner Proletariat zu Protestversammlungen gegen die Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Eduardo Dato auf. — Wie die „Voss. Ztg." hört, hat entgegen anderslautenden Meldungen die spanische Botschaft in Berlin bisher ein Begehren auf Auslieferung der Mörder Datos nicht gestellt. Über den Antrag auf Auslieferung würde das preußische Justizministerium zu entscheiden haben, und die Frage bedürfe einer sehr sorgfältigen juristischen Prüfung, da es sich um einen politischen Mord handle.

24 Millionen Mark Belohnung.

Berlin, 3. Nov. Der größte Teil der auf die Ergreifung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato von Spanien ausgesetzten Belohnung von etwa 24 Millionen Mark fällt nach Berlin.

Schwierige Bergungsarbeiten auf dem Wannsee.

Berlin, 3. Nov. Infolge des stürmischen Wetters ist es auch heute nicht gelungen, das gesunkene Motorboot „Storkow" zu heben. Die Taucherarbeiten gestalten sich äußerst schwierig. Leichen sind in der Kajüte nicht mehr gefunden worden. Die Vermißten dürften auf dem Grunde des Wannsee liegen.

Warum der farbige Film nicht in Deutschland gezeigt wird!

Bekanntlich ist es in den letzten Monaten gelungen, den Film in natürlichen Farben herzustellen und nicht wie bisher nur in Schwarz und Weiß. Man erfüllte damit einen schon lange gehegten Wunsch, denn die Allgemeinheit wollte den Film auch in natürlichen Farben sehen. Der Erfinder des Farbenfilms ist ein Sohn unserer Nachbarstadt Halle, Paul Herzfeld. Als der Erfinder nach langen Versuchen zur praktischen Herstellung gelangen wollte, erlebte er die erste Enttäuschung. Als er sich nämlich um Geldvorschüsse bei Großbanken usw. bewarb, wurde er überall abgewiesen. Endlich setzte ein Magdeburger Geschäftsmann die nötigen Zahlungen, nachdem schon das Ausland bei der ersten Notiz reges Interesse dafür zeigte. Im Juni d. J. wurde dann der erste Farbenfilm „Halle und das Saaletal" aufgenommen. Aber trotzdem der Film wurde in Deutschland nicht angenommen, sondern mußte an das Ausland vergeben werden und läuft gegenwärtig in der Schweiz und in Amerika, so daß das Ausland unser schönes Saaletal im Film eher sieht als wir. Auch die andere deutsche Erfindung, der Sprechfilm, mußte ins Ausland geführt werden. Der deutsche Michel bleibt sich eben immer gleich. Für ihn hat nur das Wert, was ihm das Ausland bringt.

* **Ein Fuchs mit zwei Beinen.** Ein Fuchs mit nur zwei Beinen wurde bei einer auf Raasdorfer Revier bei Oelsnitz in Sachsen abgehaltenen Treibjagd zur Strecke gebracht. Statt des rechten Vorder- und des linken Hinterlaufes besaß Meister Reinicke nur zwei kurze, polsterähnliche Stümpfe. Er war jedenfalls ein oder mehrere Male in ein Fangeisen geraten und hatte kurz entschlossen das eingeklemmte Glied mit seinem scharfen Gebiß durchnagt, um so die Freiheit wieder zu erlangen.

* **Ein Haifisch in der Ostsee gefangen.** Einen seltenen Fang machte der Fischer H. Lüß in Dassow in Mecklenburg in seinem Fischnetz, nämlich einen jungen Haifisch im Gewicht von 80 Pfund.

Die nichtfettende Kombella Hautcrème!
Weltberühmt zur Pflege des Gesichts u. für die Zartheit der Hände.
Ärztlich empfohlen als Besitz gegen rissige Haut, ebenso gegen Mitesser, Blüten und alle Hautunreinheiten.
In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rösner; für Handel, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramms, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Nöbner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.
Helene Bergte m. Willy Voigt, Halle.

Vermählt.
Edmund Tischendorf m. Charlotte geb. Uter, Weißenfels; Alfred Philipp mit Friedagcb. Hoffmann, Halle.

Geboren.
Willy Weickert, Halle, 2 T.

Gestorben.
Rentier Otto Rothe, 68 J., Querfurt; Paul Raysch, 25 J., Röcklitz; Karl Kittler, 80 J., Weißenfels; Gertrud Büchsenschuß, 20 J., Weißenfels; Max Kumbier, 46 J., Halle; Marie Brömme, Halle; Otto Stoye, 59 J., Halle; Oskar Kleine, 72 J., Halle.

Möbl. Zimmer frei!
Damaschkestraße 23.

Gut. bürgerl. Mittagstisch
zu jeder Tageszeit.
Schlafstellen frei.
Hallesche Str. 20—26.

Möbl. Zimmer
mit Kochgelegenh. v. Brautpaar gesucht. Angeb. unt F. K. 422 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Herr sucht gut
möbliertes Zimmer.
Ang. u. 421 a. d. Exp. d. Bl.

Jg. Ehepaar mit 1 Kind sucht per sofort od. später
Stube u. Kammer.
Preis Nebensache. Angeb. u. P P 419 an die Exp. d. Bl.

60 000 Mark
im ganzen oder geteilt auszuleihen. Näheres bei
Franz Zürner,
Oder-Benna 141.

1 brauchbare, hölzerne oder eiserne Pumpe zu kaufen gesucht.
Mälzerstr. 8, pt., l.

Altpapier
kauft zu hohen Tagespreisen
Arthur Kornacker,
— Papierwarenfabrik. —

Klavier zu vermieten.
Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Gelegenheitskauf.
Zwei schwarze Gehrockanzüge, ein Paar gelbe Schnürstiefel (Gr. 39) billig zu verkaufen
Neu-Rössen, Bauernstr. 3.

Zu verkaufen:
1 guter blauer u. 1 brauner Damenmantel, 1 Männerjoppe, Herrenstiefel (Gr. 42) Damenstiefel u. -Halbschuh (Gr. 37/38)
Christianenstr. 10, 2 Tr.

Eleg. Samtkleid
(Gr. 42), wie neu, zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Ein Damenmantel
(fast neu) billig zu verkaufen
Settenbeutel 2.

Gut erhalt. Damenmantel
billig zu verkaufen
Seffnerstr. 2, ptr.

Ein fast neuer Mantel,
für jg. Mädchen passend, preiswert zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Ein moderner
Damenhut
billig zu verk. Kurzestr. 2.

Chaiselongue
(neu) zu verkaufen
Ober-Altenburg 17.

1 Kinderklappstuhl
ist preiswert zu verkaufen
Hanckestr. 37.

Fast neuer, weißer, weiß.
Küchenherd
zu verk. Damaschkestr. 11.

Motsche-Kalb
zur Zucht zu verkaufen
Naundorf Nr. 29, bei Körbisdorf.

2 Läuferschweine
zu verkauf. Ammendorf 27.

März-Ziege und Bock
(gefch.) zu verkaufen
Siedlung Gr.-Kayna,
Mittelstraße 6.

Todes-Anzeige.

Gestern nacht entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Gross- und Urgrossvater, der Invalid

Wilhelm Dunzel

im Alter von 82 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Wwe. Wilhelmine Dunzel.

Merseburg, den 3. November 1921.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Am 2. Novbr. 1921 verstarb nach 55jähriger Mitgliedschaft unser lieber Kamerad

Wilhelm Dunzel,
Kriegsteilnehmer der Kriege 1866 u. 1870/71.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 5. Nov., nachm. 3 Uhr von der Kapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Zur Abholung der Fahne tritt der Verein nachm. 2½ Uhr am Ratskeller an. **Der Vorstand.**

Mit
Büchse und Lasso.

Echter deutsch. **Affenpinscher** billig zu verkaufen
Neumarkt 64.

Tägespäne
im Großen und Kleinen abzugeben.
Städtischer Zimmerplatz Gasanstalt.
VII, 1402 21.

Empfehle
pa. Rockfleisch Pfd. 10 M.
pa. Hammelfl. Pfd. 11 M.
pa. Rindfleisch Pfd. 14 M.
ohne Knochen.
Leunaer Str. 30.

Morgen frische
hausschlachtene Wurst
Otto Linzel,
Cladiauer Str. 9.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
Telephon 529. — Nr. 1. —

Programme von Freitag bis Montag.

Der zweite große Amerikaner ist da!
Mit Büchse u. Lasso.
1. Episode:
Heisser Boden.
Gewaltiger Wild-West-Film in 6 Episoden und 34 Akten.
Das Wuchtigste, was bisher gezeigt wurde. Dieses Werk wird alle Erwartungen überbieten.

Der Schrecken der Wildnis.
Original-Amerikanisches Wild-West-Drama in 3 Akten mit der berühmten
Miß Cathy Williams.
Tierbändigerin.
5 atemraubende Akte aus dem Leben im Urwald.

Hierzu grosse Beiprogramme.

Freitag
Schlachtefest
Degenhardt, Sand 16.

Restaurant
„Zur Börse".
Freitag
Schlachtefest.
Rich. Tepper.

Freitag
Schlachtefest!
Früh 9 Uhr Wellfleisch, Gehacktes und frische Bratwurst, nachmittags frische Rot- u. Leberwurst, Wurstsuppe
empfiehlt
G. Fiedler, Neumarkt 45.

Restaurant
Zur Hoffischerei
Morg. Freitag Schlachtefest

Von 10 Uhr an Wellfleisch, von 12 Uhr an frische Wurst. Abends musikalische Unterhaltung. **Ernst Quaas.**

Wichtig für Geschäftsleute und Gläubiger!

Verjährung droht bei verschiedenen Forderungen. Ausgeklagte und nicht ausgeklagte Forderungen, auch gegen böswillige Schuldner übernehme ich zur Einziehung unter reellen Bedingungen und vorschußfrei.

Außerdem übernehme ich Ermittlungen in Ehe-, Alimenten-, Straf-, Erbschaftssachen pp. Schriftliche Arbeiten jeder Art, Gesuche, Klagen, Verträge usw.

Näheres zu erfragen in der Exped. d. Bl. oder unter 377 postlagernd.

Reiche Auswahl. Billige Preise.

Pelzwaren

preiswerte Auswahl am Lager.

Herrenfilzhüte, moderne, breite Form,
Fliegermützen in hell u. dkl.-blau, Ia Tuch,
Ballonmützen, Ia Plausch, Herbstmode,
Hosenträger, nur das Beste, Mode. Endwell,
Herren-Leinenwäsche, Kragen in all. Weit.
Dauerwäsche, garantiert dauerhaft . . .
Selbstbinder in reicher Auswahl . . .
empfiehlt
Karl Wittenbecher, Merseburg.
Am Neumarktstor Nr. 1.
Elg.-Kürschnerei. Mützenmacherei.

Mit
Büchse und Lasso.

Volks-Sing-Akademie Merseburg.
Heutige Uebungsstunde fällt aus!
Nächste Zusammenkunft am Donnerstag, den 10. d. Mts. i. „Herzog Christian"

Schneiderei
wird angenommen
Unter-Altenburg 50, I. r.

2 tüchtige
Dreher,
mindestens 25 Jahre alt, stellt ein
Gewerkschaft Michel, Groß-Kayna.
— Station Frankleben. —

Klavierspieler
für Sonnabends u. Sonntags für dauernd gesucht. Angebote unter H. E. 418 an die Exp. d. Bl.

Jungen gewandten
Mann
für Werkstättenarbeit stellt sofort ein
Günther Liebmann.

Ein lediger
Knecht
wird eingestellt
Crenpau Nr. 8.

Sohn achbarer Eltern als
Lehrling
bei guter Behandlung und gründl. Ausbildung gesucht.
Otto Claße,
Belgern bei Torgau,
Kolonial- u. Eisenkurzwaren.

Ordentliches
Hausmädchen
wird sofort eingestellt
Etablissement Funkenburg.

Zum 15. 11. sauberes, **ehrlich. Mädchen** gesucht. Meldungen mögl. mit Zeugnissen an
Frau Schmidt,
Hallesche Str. 90, Ziegelei.

Sauh. Aufwartung
für einige Vormittagsstund. gesucht. U.-Altenburg 17.

Aufwartung
für einige Stunden vormittags gesucht
Leuschlieder Str. 13, 1 Tr.

Sauh. Aufwartung
für nachmittags sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Todes-Anzeige!

Heute morgen ½1 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden im 70. Lebensjahre unsere liebe treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante, Frau

Wilhelmine Berthold

geb. Meißner.

Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen der Hinterbliebenen an:

Rudolf Berthold.

Blösien, Balditz, Morl, Schafstädt, Döhlen, den 3. November 1921.

Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt.

Der verkehrte Weg
ist, die Anzeigen einem Blatte zu übertragen, das durch haltlose Behauptungen viel verspricht, denn es aber an Lesern mangelt!

Der richtige Weg
führt zur ständig. Benutzung der allgemein gelesenen und am stärksten verbreiteten Tages-Zeitung, dem **Merseburger Korrespondent**

Ich habe mich in **Merseburg, Poststr. 10,** als **Hebamme** niedergelassen.

Else Beyer, Hebammenschwester.

Dr. A. Rühle — Halle a. d. S. — Schillerstrasse 10—11
Klinik f. Behandlung schwerer Neurosen, organischer Erkrankungen des Nervensystems und chron. Krankheiten mit vorwiegend nervösen Symptomen. Hypnosebehandlung. Tel. 8817.

Wohnungs-Tausch.
4 Zimmerwohnung in Stuttgart gegen solche in Merseburg oder Halle zu tauschen gesucht.
G. Bleese, Stuttgart, Heilmannstraße 4

Achtung!
Bestellungen auf folgende gute Sorten von
Winter-Aepfeln
werden von jetzt an wieder angenommen.
Goldreinette von Blenheim
Winter-Goldparmäne
Baumanns Reinette
Landsberger Reinette
Große Casseler Reinette
Dach-Aepfel
P. Wiegand,
Burgstr. 13, Hof, u. Neumarkt 32 II.

Möbeltransporte
von und nach jedem Orte mit modernen Möbelwagen führt billig u. fachgemäß aus
Spediteur Haluszczak,
Merseburg — Nulandstr. 8.

Die beliebten
Wandkalender Taschenkalender
zu haben
Buchdruckerei Th. Rössner,
Merseburg.

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert
H. Hetzer
Kürschtr. 7.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im **Merseburger Korrespondent.**

Kaufmann,
28 J., wünscht Damenbekanntschaft zwecks Heirat. Angeb., mögl. m. Bild, unter Jos. zur. gef. w., unter 420 an die Exped. d. Bl.

Strebsamer
Handwerker,
schriftl. u. redegewandt, auch im Bürodienst firm m. Büroeinrichtung und größerem Kapital, sucht sich zu beteiligen oder zu beteiligen an sicher Unternehmen oder Geschäft. Kapital wird als Einlage z. Verfügung gestellt. Ang. unt. 423 an die Exp. d. Bl.

Hausmädchen
fleißig, ehrlich, von alleinstehendem älteren Ehepaar bei guter Lohnzahlung sofort oder baldigst gesucht. Erbitte Zeugnis und Altersangabe. Vorzugsweise nur 7 Jahre da. Frau Anna Buhlmann, Leipzig, Prenbelstr. 16

Verkäuferinnen
Spielwarenbranche bevorzugt
zur Aushilfe bis Weihnachten gesucht
Paul Ehlert Nfg.

2000 Mark und mehr monatlich
verdienen Herren u. Damen ohne Kapital u. Kenntnisse auf einfache Weise außer der Arbeitszeit. Sofort Verdienst! Streng reell! Erfolg garantiert! 10 Muster u. genaue Anleitung Mk. 5. Voreinsendung od. Nachnahme.
Konrad Gaub, Eppstein (Taunus).

Dame,
energisch und zielbewußt, von kul. Firma **gesucht.** Derselben bietet sich Gelegenheit zu dauernder Position, verbunden mit hohem Einkommen. Zur Uebernahme des Unternehmens, dessen Einrichtung durch die Firma erfolgt, sind zu. 5000 Mk. erforderlich. Ernstl. Reflekt., welche nachw. über obiges Kapital frei verfügen, erfahren Näheres am Freitag, den 4. 11. 21, nachm. 2½—5½ Uhr bei Herrn Zuffen, Müllers Hotel.

Korbmöbel Kinderwagen
in grosser Auswahl zu noch sehr vorteilhaften Preisen
Theodor Lühr, Halle a. S.,
Leipzigerstr. 94. — — — — Fernspr. 6198.

Verloren
1 Thula-Uhrarmband mit Uhr
vom Strandschlößchen bis Cladiauer Straße. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei Herrn Paul Ritz, Uhrenhandlung, Gotthardstraße 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 258. Donnerstag den 3. November 1921 48. Jahrg.

Die Lage im Reiche.

Der Allgemeine Deutsche Sparkassentag in Nürnberg.

Der Allgemeine Deutsche Sparkassentag hat am Mittwoch unter Beteiligung von ungefähr 1000 Vertretern der deutschen Sparkassen in Nürnberg seinen Anfang genommen. Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, verschiedener Landesregierungen, sowie des Reichsbankdirektoriums wohnten der Tagung bei. In einem Referate des Stadtrats Dr. Hetzer-Frankfurt a. M. über Förderung und Hemmungen der Sparktätigkeit verlangte der Referent zeitgemäße Ausgestaltung der Sparkassengeschäfte unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit, Mitarbeit aller zur Erziehung des Volkes berufenen Kräfte, Befreiung der gemeinnützigen Sparkassen von den auf steuerlichem Gebiet gestellten Anforderungen.

Nach einem Bericht des Geschäftsführers, Oberbürgermeister a. D. Klinger-Berlin, wurde folgende

Entschließung

angenommen:

„Der Erlaß der preußischen Minister des Innern und der Finanzen vom 15. April d. J. hat eine rechtliche Grundlage geschaffen, auf der die unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen die im Erlaß selbst als unaufschiebbar anerkannte Erweiterung ihres Geschäftskreises vornehmen können. Der Allgemeine Deutsche Sparkassentag begrüßt diesen Entschluß der preußischen Staatsregierung als einen bedeutsamen Fortschritt in der Entwickelung des deutschen Sparkassenwesens. Er hat jedoch mit Überraschung davon Kenntnis genommen, daß durch einen neuerlichen Erlaß des Ministers des Innern den Oberpräsidenten bis auf weiteres die Genehmigung von Satzungsänderungen den Sparkassen untersagt worden ist. Er erhebt gegen diese die Sparkassen und ihre Kundschaft schädigende Maßnahme entschieden Einspruch."

Die Kaiserbüste im Reichsgericht.

Der unabhängige Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat im Reichstage folgende Anfrage gestellt:

„Der Termin gegen Jagow, Wangenheim und Schiele war vom Reichsgericht auf den 27. Oktober 1921 anberaumt worden. An diesem Tage stand im Beratungszimmer des vereinigten 2. und 3. Strafsenats, vor denen der Termin stattfinden sollte, eine Büste Wilhelms II., die dort erst vor einiger Zeit aufgestellt sein soll. Ist die Aufstellung der Büste Wilhelms II. im Beratungszimmer des Reichsgerichts erfolgt, damit die Richter bei der Beratung über das Urteil gegen die monarchistischen Kapisten die Büste des durch die Revolution gestürzten Monarchen vor Augen haben? Billigt der Reichsjustizminister, daß noch immer in den Räumen des höchsten Gerichts der deutschen Republik monarchistische Wahrzeichen aufgestellt sind?

Gedenkt der Reichsjustizminister für die sofortige Entfernung der Büste Wilhelms II. aus den Räumen des Reichsgerichts Sorge zu tragen?"

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Folgen der französischen Kohlenforderungen.

Saarbrücken, 3. Nov. Die Mißlichkeit der französischen Kohlenforderungen von Deutschland wird von neuem durch folgende Tatsache erhellt.

Auf Montag, den 31. b. M., ist die 5. Feierschicht auf den hiesigen Saargruben infolge Absatzmangel eingesetzt worden.

Aufgehobene Flaggenehrung im besetzten Gebiet.

Andernach, 3. Nov. Der Befehl des hiesigen amerikanischen Ortskommandanten, der die Zivilbevölkerung verpflichten sollte, die amerikanische Flagge durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen, ist auf Anordnung des amerikanischen Oberkommandos wieder aufgehoben worden.

Auch der Befehl der amerikanischen Behörde in Andernach, wonach beim Spielen der Nationalhymne die männliche Bevölkerung der Stadt Ehrenbezeigung zu erweisen hatte, ist zurückgenommen worden.

Provinz und Nachbarländer.

„Kriegsbericht von Halle-Bruckdorf!"

Mit dieser Aufschrift beginnt ein rotes Flugblatt, das gestern morgen zu Tausenden von Exemplaren in Halle verbreitet worden ist. Es nimmt Bezug auf den frechen Raubüberfall, der unlängst in Bruckdorf auf das Verwaltungsgebäude der Gewerkschaft Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein verübt wurde und kündigt an, daß dieser Raub nur erst ein Anfang von den Streichen sei, die da kommen sollen auf dem „Wege zur proletarischen Revolution". Der in Bruckdorf geschossene Betrag wird mit 101 590 ℳ angegeben. Die Ziffer, wenn sie genau mit dem geraubten Betrage übereinstimmt, könnte als Beweis dafür dienen, daß die Verbreiter des Flugblatts mit den Banditen identisch sind, die am 13. Oktober den Überfall im Auto verübten. Das Schriftstück fordert die politischen Flüchtlinge auf, sich zu organisieren zum roten Bürgerschreck in jeder Form und ist unterzeichnet: Proletarisches Hauptquartier, im Okt. 1921. Der Chef der Aktions-Rat der Roten Armee. Als Druckvermerk trägt das Flugblatt die Angabe: Druck der Hörsingschen Hausdruckerei, Halle, Maulwurfstraße 5. Das sieht wieder wie ein böser Ulk aus. Vielleicht gelingt es der Polizei bald Aufklärung zu schaffen. Die Möglichkeit, daß das Flugblatt von Verbrechern ausgeht, die unter politischem Deckmantel als „roter Bürgerschreck" Summen enteignen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Teufelswerk der Trunksucht.

Eisleben, 3. Nov. Der Apotheker Hans Kaufmann und seine Ehefrau vergifteten sich mit Zyankali. Die Frau war seit langer Zeit krank, während der Mann dem Trunke ergeben war, so daß die Familie dem Ruin entgegenging. Kaufmann sollte in diesen Wochen entmündigt werden, da er nicht mehr fähig war, eine Apotheke zu leiten. Diesem Schicksal hat er sich mit seiner Frau durch den Tod entzogen.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer offiziösen Meldung aus Washington ist eine Einschränkung der amerikanischen Rüstungen erst denkbar, wenn das englisch-japanische Bündnis aufgehoben ist. Da das nach seinem Ablauf zurzeit automatisch fortlaufende Bündnis jederzeit gekündigt werden kann und diesjenigen Artikel, die eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten hatten, bereits 1912 aufgehoben sind, wie ihn Einigung gesunden werden, immer vorausgesetzt, daß wirklich ein Wille zur Einschränkung der Rüstungen vorhanden ist.

*

Die Franzosen entsalten in den Vereinigten Staaten eine geräuschvolle Propaganda für ein amerikanisch-französisches Bündnis, müssen sich aber sagen lassen, daß die Amerikaner gern mit ihnen Hand in Hand gehen, aber sich nicht vor einen Karren schleppen lassen wollen. Die Ansicht von den Zeiten Lafayettes stimmende Sympathie Amerikas für Frankreich ist zweifellos auch heute noch sehr groß, geht aber offenbar nicht so weit, um sich willenlos vor den Wagen der französischen Politik spannen zu lassen.

*

Die Exkaiserin Zita mit ihrem Gemahl führt auf einem englischen Kriegsschiff auf den Inseln Doids zum Pontus Euxinus. So wenig Sympathie man für den „verlogenen Lausbuben", wie ihn Czernin einmal genannt hat, haben kann, so sehr geht die Tatsache, daß nicht das betroffene Land, sondern ein Rat der Großmächte schicksalsbestimmend eingreift, gesunden Empfinden gegen den Geschmack.

*

Der Norddeutsche Lloyd beabsichtigt mit eigenen Schiffen wieder den Verkehr nach Ostasien einzurichten. Man kann den Deutschen die Schiffe nehmen und sie mit allen Mitteln wirtschaftlich zu knebeln versuchen, deutschen Unternehmungsgeist und deutsche Tatkraft kann man nicht ausrotten.

*

Der Dollar erreichte heute den Stand von 190, ein Preis, der sich erheblich über den der Neuyorker Börse stellt. Der Grund dieses neuerlichen Emporschnellens der Devisen liegt im Mangel verfügbarer Stücke. Es ist daher die höchste Zeit, daß den Käufern solcher Personen, die keine Auslandszahlungen zu machen haben und aus Spekulationsgründen fremde Währungen erstehen, ein Riegel vorgeschoben wird.

*

Das neue Buch Ludendorffs „Politik und Kriegführung" gibt der englischen Zeitung „Times" den Anlaß zu einer Hetze gegen Deutschland. Wie immer arbeiten sich die Chauvinisten aller Nationen gegenseitig in die Hände.

*

Bei der „Deutsch-völkischen Bank", die bekanntlich mit dem zusammengebrochenen Kühnschen Wettkonzern eng verbunden war, und an der auch Ludendorff beteiligt sein soll, ist eine Haussuchung wegen Kettenhandels und Wuchers abgehalten worden. Das Ergebnis der Untersuchung muß abgewartet werden.

Merseburg und Umgegend.

3. November.

** **Amtsdeutsch.** Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich Richtlinien über die Amtssprache herausgegeben, in denen es heißt: 1. Der sprachliche Ausdruck muß klar und unzweideutig sein. Vorschriften, die beachtet werden sollen, müssen so gefaßt sein, daß sie jeder — auch der wenig Gebildete — verstehen kann. Wer klar denkt, drückt sich auch klar aus. 2. Die Sprache soll einfach sein. Ein Kanzleistil, der sich in verzierten und verschnörkelten Formeln gefällt, ist ebenso abzulehnen wie jede andere Stilfunstelei. 3. Die richtig gebandhabte Sprache ist ein Kunstwerk. Wohlklang der Worte muß sich mit Ebenmaß im Satzbau verbinden. Lange Schachtelsätze zerstören das Ebenmaß, ebenso sehr wie zerhackte Sätze. Worte, die fehlen können, ohne den Sinn des Satzes zu ändern, sind fortzulassen. Kürze ist unangebracht, wenn sie Unklarheit verursacht. 4. Fremdwörter, die zwanglos durch deutsche Worte ersetzt werden können, haben keine Daseinsberechtigung. — Diese Richtlinien sind sehr zu begrüßen, sie sommen aber reichlich spät. Es wäre dringend zu wünschen, wenn sich auch die anderen Behörden endlich eines besseren „Amtsstils" befleißigen würden, d. h. wenn sie einfach — deutsch schreiben würden!

** **Der Brotgetreidebau im Regierungsbezirk Merseburg im Jahre 1920.** Im Jahre 1920 sind im preußischen Staatsgebiet im ganzen 3 912 431 Hektar mit Weizen oder Roggen bestanden gewesen. Auf die Provinz Sachsen entfallen hiervon 460 274 Hektar oder 11,76 v. H. Der Brotgetreidebau des Regierungsbezirks Merseburg hat sich im obengenannten Jahre auf eine Fläche von 208 068 Hektar erstreckt. Das sind 45,21 v. H. des Roggen- und Weizenbaues der Provinz Sachsen. Innerhalb des Regierungsbezirks sind namentlich die Kreise des durch das vorwiegend von leichterem sandigem Boden ausgezeichneten Ostsiligels stark an Brotgetreidebau beteiligt gewesen. Unter ihnen steht der Kreis Liebenwerda an erster Stelle. Im Westsiligel, in welchem die besseren Böden vorherrschen und in ausgedehntem Umfange Zuckerrübenbau betrieben wird, ist dem Brotgetreide ein wesentlich geringerer Teil des Ackerlandes gewidmet. Daher hat kein Kreis die Durchschnittsziffer des Regierungsbezirks erreicht. Am nächsten kommen ihr noch die Landkreise Zeitz und Weißenfels.

*

Antwort auf den Offenen Brief an den Magistrat.

Eine Antwort, zwar nicht vom Magistrat, aber doch immerhin von einem, der in der städtischen Verwaltung mitzuarbeiten berufen ist.

Beim Lesen der verschiedenen „Offenen Briefe", die offenbar alle aus der gleichen Feder stammen, kann sich der unbefangene Leser eines Lächelns nicht erwehren. Es muß doch ein zu schenkliches Gefühl sein, wenn man sich zum Regieren in der Stadt als Stadtverordneter oder gar Stadtrat unbedingt berufen fühlt, und ist von der verständnislosen Menge nicht dazu auserwählt; wenn der angeklagte Magistrat vor das Forum zitiert wird, und er kommt nicht und gibt nur da Auskunft, wo er es nach dem Gesetz zu tun hat, nämlich in der Stadtverordnetenversammlung. Wie waren doch da die Zeiten früher anders und schöner. Da schickten der Hausbesitzerverein und andere Interessengruppen ihre reinen Standesvertreter in die Stadtverordnetenversammlung, und wie sie wollten, so ging es, denn sie hatten die Macht in der Hand. Arbeiter gab es zwar auch schon, das läßt sich leider nicht leugnen, aber sie hatten nichts zu sagen und konnten solche Beschlüsse, wie sie jetzt gefaßt werden, nicht unterstützen. Und erst die Wohnungsnot! Ja, eigentlich, wenn man ganz ehrlich sein wollte, die gab es damals auch schon, und hierher versetzte Beamte mußten erst Jahre lang zurückreichend wohnen — jetzt würden wir sogar in „Notwohnungen" — ehe sie sich eine angemessene Wohnung ersehen hatten, aber man sprach doch nicht so unangenehm aufdringlich davon. Und die Stadt hatte viel weniger Beamte und stand trotzdem. Und plötzlich kam die neue Zeit ein und einer Magistrat und alles wurde anders. Wenn das nicht zum Toörgen ist, dann weiß man wirklich nicht, ganz besonders, wenn man im Rathaus nicht mitreden darf. Na, vielleicht bringen die neuen Wahlen eine grundlegende Änderung und die goldene Zeit bricht dann für Merseburg an.

Nun zum offenen Brief selbst. Zunächst einmal eine

allgemeine Betrachtung.

Der Umstand, daß der Magistrat scheinbar auf einen Zeitungskrieg nicht eingeht, scheint bei dem Verfasser den merkwürdigen Erfolg zu haben, daß er, na, sagen wir einmal, in seinen Angaben weniger sorgfältig wird zugunsten der äußeren Wirkung und damit rechnet, daß Berichte aus der Stadtverordnetenversammlung entweder nicht gelesen oder vergessen sind. Andernfalls wären die meisten Angaben des Briefes nicht erklärlich. Der frühere offene Brief ist nämlich seinerzeit zum Gegenstand einer Besprechung in der Stadtverordnetenversammlung gemacht worden und hat dort eingehende öffentliche Beantwortung erfahren. Es ist damals klar und deutlich erklärt worden,

daß die Stadt an einen grundsätzlichen Ausschluß der Unternehmer nie gedacht hat

und daß sie nur durch die Verhältnisse dazu gedrängt wurde, teilweise zum Regiebetrieb überzugehen. Die im Leunawerk sehr hoch bezahlten Unternehmer legten damals offenbar keinen besonderen Wert darauf, für die Stadt zu arbeiten, und gaben entweder sein Angebot ab, oder ein so hohes, daß offensichtlich war, daß sie die Arbeit nicht wollten. Wo es die Preise zuließen, sind Unternehmer herangezogen worden. Nachdem die Stadt aber einmal unter dem Zwange der Verhältnisse teilweise zum Regiebetrieb übergehen mußte, kann natürlich ein so großes Unternehmen nicht von heute auf morgen aufhören. Die Abrechnung des Zimmerplatzes für das erste Jahr ist der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt, von ihr nachgeprüft und für richtig befunden worden, das nach kaufmännischen Rechnungsgrundsätzen ein Überschuß von 800 000 Mark erzielt ist, der allerdings wieder nur zur Linderung der Wohnungsnot verwendet werden darf. Von Halbjahr zu Halbjahr soll der Stadtverordnetenversammlung wieder Rechnung gelegt werden. Bei dieser Gelegenheit ist auf Grund der Abrechnungen der Stadtverordnetenversammlung nachgewiesen, daß der Regiebetrieb tatsächlich erheblich billiger gearbeitet hat, als der Unternehmerbetrieb. Jeder, der städtische Verwaltungen der Zeitzeit auch nur einigermaßen kennt, weiß aber, daß mit einer Herabsetzung der Steuern jetzt noch weniger zu rechnen ist, als in früheren goldenen Zeiten, wo man sich allerdings um wenige Prozent gestritten hat. Wäre man aber damals großzügiger gewesen und hätte nötige Dinge mit damals verhältnismäßig geringen Kosten rechzeitig geschaffen oder die geschaffenen Neuanlagen nicht gerade nur auf die damalige Größe der Stadt zugeschnitten und rechtzeitig Rücklagen geschaffen.

Rund um das neue große Eisenbahnprojekt für Merseburg.

Riesige Erweiterung des Güterbahnhofs — zweites Gleis bis Frankleben.

Merseburg und seine nähere Umgebung machen seit einigen Jahren eine starke Aufwärtsentwicklung durch, die zudem noch infolgedessen Hals über Kopf vor sich geht und die Verwaltungen vor schwere Aufgaben stellt. Die Aufwärtsentwicklung ist zurückführen einerseits auf die Ansiedlung von großindustriellen Unternehmungen, andererseits auf die Ausbehnung der Braunkohlenindustrie. Haben sich die anderen Verwaltungen schon früher darauf einstellen müssen, so hinkt unsere Eisenbahnverwaltung hintendrein. Das sehen wir an dem Güterbahnhof Merseburg, der von Einsichtigen schon seinerzeit bei der Anlage bei weitem nicht ausreichend beurteilt wurde, wir sehen das auch an der Eisenbahnstrecke Merseburg—Mücheln (Querfurt), die viel früher schon einen zweigleisigen Betrieb haben mußte. Daß Merseburg seinerzeit des Eisenbahnknotenpunktes verlustig ging, der hier geplant war, aber nach Corbetha verlegt wurde, ist ein Verdienst der früheren offiziell unoffiziell in Merseburg Regierenden, für das sich ihnen das jetzige und das kommende Geschlecht keinerlei Verständnis entgegenbringt und keinen Dank zollen kann. Es nimmt uns nur wunder, daß man nicht damals die Errichtung einer „chinesischen Mauer" um unsere Stadt durchgeführt hat. Die Situation von damals gleicht verzweifelt derjenigen bei der Errichtung des Gemeinschaftsbahnhofes und der anständigen Wartehalle für die Merseburger Überlandbahnen in der sogen. „Hölle". Wir haben ja schon im letzten Aufsatz gesagt: „Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde in Merseburg, von denen sich die Schulweisheit der mit gesunden, weitsichtigem Verstand belasteten Mitbürger nicht träumen läßt." Leider! Es gibt ein bekanntes Ding, gegen das läßt Götter vergebens kämpfen. Nun: Der Gemeinschaftsbahnhof ist Wirklichkeit geworden, die neue, anständige, unbedingt notwendige Wartehalle wird auch Wirklichkeit, trotz allen Kampfes dagegen, auf den einzugehen sich nicht mehr verlohnt wegen seiner unbedingten Aussichtslosigkeit. Die Stadt kann stolz darauf sein! Das wiederholen wir nochmals. Jetzt endlich bewegt sich auch die Eisenbahnverwaltung, denn die Verhältnisse machen ihr nachgerade als unhaltbar über den Kopf hinaus. Da muß Abhilfe geschaffen werden. Und auch hier müssen wir zuerst wieder ein Übel geißeln, nämlich

das Fehlen der Zusammenarbeit zwischen Eisenbahnverwaltung und Presse hinsichtlich der Baupläne.

Bei allen sonstigen Anlässen — Tariferhöhungen, Verkehrsordnungen usw. — überhaupt die Eisenbahnverwaltung die Presse mit Einsendungen längster Art, und bei so wichtigen Projekten von Neuanlagen, Erweiterungen usw. läßt man die Presse völlig im Dunkel tappen, ignoriert sie vorläufig und vollständig. Der Presse gehörten die Pläne und Erläuterungsschriften ebenso zugestellt, wie der oberen Behörde. Denn die Presse hat die Verpflichtung, die Öffentlichkeit über die Pläne und Vorgänge aufzuklären, die das intensivste Interesse der Bevölkerung wachrufen. Sie würde durch Veröffentlichungen und Aushängen der Pläne ungemein zum Verständnis für solche Verkehrsfragen in der Bevölkerung beitragen. Das kann sie nicht, wenn sie nicht unterrichtet wird, wenn man ihr die Pläne und Vorgänge vorenthält, wenn man sie dadurch mißachtet trotz ihres großen Entgegenkommens. Es ist höchste Zeit, daß dies Verfahren der Eisenbahnverwaltung geändert wird. Uns blieb daher nichts anderes übrig, als die an amtlicher Stelle ausliegenden Pläne, bei denen sich keine schriftlichen Erläuterungen befanden, in der Ausliegestelle zu studieren und an Hand der bereit gemachten Aufzeichnungen unseren Lesern ein Bild von den Projekten zu machen. Heute wollen wir diesen Rundgang antreten. Es handelt sich um die

Erweiterung des Güterbahnhofes Merseburg und die Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Merseburg—Frankleben der Nebenbahn Merseburg—Mücheln.

Die Pläne haben zwecks Einspruchserhebung vom 20. bis 29. Oktober im Kreisbaus in Merseburg ausgelegen und waren im Maßstab 1:1000 im Juli 1921 von der Eisenbahndirektion Halle aufgestellt, unterzeichnet von dem Oberbaurat Senft, der auch kürzlich bei der landespolizeilichen Abnahme des Gemeinschaftsbahnhofes der Merseburger Überlandbahnen in der Hölle mitwirkte. Allgemein wollen wir vorausschicken: Es handelt sich um eine auf nicht allzu langer Strecke

riesige Erweiterung des Güterbahnhofes Merseburg

nach der westlichen Seite, dem hinteren Gotthardsteich zu, wobei neben der Schaffung einer ganzen Anzahl neuer Gütergleise drei durchgehende Gleise für den Personenzugverkehr ganz außerhalb des Güterbahnhofs von der Überführung der Naumburger Straße an auf einer Strecke von etwa 1800 Meter vollständig neu gelegt werden, die dann später in die alten Gleise einmünden oberhalb der Stelle, wo der alte Verbindungsweg von der Weißenfelser Straße nach Leuna die Bahn kreuzt. Die größte Breite des Bahnkörpers wird 210 Meter betragen, die Höchstzahl der Gleise des erweiterten Güterbahnhofes wird 35 Gleise nebeneinander zeigen. Die Naumburger Straße — vom Schützenhaus bis zur Einmündung in die alte Naumburger Straße — wird auf einer Strecke von mindestens 600 Meter vollständig verlegt, und zwar bis zu 35 Meter nach Osten. Es gibt einige starke Brückenverbreiterungen. So wird die Eisenbahnüberführung über die Naumburger Straße am Neuen Schützenhaus etwa 9 bis 10 Meter, die Brücke über die Weißenfelser Straße am Kreuzpunkt Leuna um etwa 20 Meter verbreitert. Von 12 Gleisen, mit den neuen, gleich hinter der Bahnbrücke über die Naumburger Straße steigt die Gleisanlage bis zum Anschlußgleis der städtischen Gasanstalt auf 35 Gleise, eine riesige Erweiterung gegenüber dem gegenwärtigen Zustande und auf einem immerhin noch beschränkten Gelände.

Doch wollen wir nun mal an Hand der eingehenden Aufzeichnungen nach dem Plan der Eisenbahndirektion einen Gang an der zukünftigen Bahnkörpergrenze entlang unternehmen und die Erweiterung verfolgen. Gehen wir die Teichstraße unter der Überführung entlang und zweigen in die Anlagen nach dem hinteren Gotthardtteich — es war überhaupt enhältlich mal ein Teich und ist jetzt nur mehr ein kleiksaiter Schlammkessel —, wo der Bahnkörper über 4 durchgehende Hauptgleise und 1 Ausziehgleis von 215 Meter Länge verfügt. Von Bahnkilometer 14,2 hinter der Überführung über den Gotthardsteich bezw. Geisel beginnt man aus jedem dieser 4 Hauptgleise ein neues Gleis auszuziehen mit einer größeren Anzahl Weichen bis zur Straßenunterführung am Schützenplatz. Um die Bahnkörperverbreiterung zu verfolgen, müssen wir in das Anwesen der Privatlegs Bürger-Steiben-Schützenvilla mit dem Neuen Schützenhaus, Schützengarten und Schützenplatz. Mit dem Anfang des Schützengartens beginnt auch die Verbreiterung des Bahnkörpers, der von diesem Gelände bis zur Grenze des Schützenplatzes zunehmend 3 Meter in der Breite mindestens beansprucht. Eine Reihe Bäume muß fallen, und ob man den Musikpavillon dort erhalten kann, ist mehr wie zweifelhaft bei dem Bahnverkehr. Auf dem Gelände des Schützenplatzes bis zur Naumburger Straße fordert der Bahnkörper zunehmend bis etwa 8 Meter zur Verbreiterung. Von hier ab nimmt der Bahnkörper dann mächtig an Verbreiterung zu. Die Eisenbahnbrücke über der Naumburger Straße wird um 9 bis 10 Meter verbreitert nach der Teichseite zu. Von dieser Brücke an werden die bisherigen durchgehenden Hauptgleise für den Personenzugverkehr nicht mehr benutzt, sondern sie dienen nur mehr dem Güterzugverkehr. Anstelle dessen werden 3 durchgehende Gleise für den Personenzugverkehr — der überhaupt um den Güterbahnhof geleitet wird — vollständig neu auf 1,8 Kilometer Länge über das Gelände der jetzigen Naumburger Straße und anstoßende Vorzellen so geführt, daß sie vor dem neuen Stellwerk vorbeiziehen. Von diesen 3 neuen Gleisen ist das am Stellwerk für die Personenzüge der Richtung von Thüringen, das mittlere Gleis für die Personenzüge nach Thüringen, und das äußere Gleis an der neu zu bauenden Naumburger Straße für die Personenzüge von und nach Mücheln bestimmt. Um das durchzuführen, muß die bisherige Naumburger Straße vollständig verlegt werden, und zwar auf einer Strecke von 600 Meter bis zu 35 Meter. Auf die Verlegung dieser Straße kommen wir später ausführlich zu sprechen. Erst wollen wir die Erweiterung der Gleisanlagen an sich betrachten. Bei der Eisenbahnbrücke über die Naumburger Straße will man später 12 zum Teil einmündende Gleise haben. Die oben genannten drei neuen Personenzuggleise sollen in einem Bogen von 1,5 Kilometer um den Güterbahnhof herumgeführt werden bis auf etwa 80 Meter bei der Überführung des Gleises nach Mücheln, in der Gemarkung Leuna-Ockendorf. Das neue Personenzuggleis für Merseburg—Mücheln wird im Winkel zu dem bisherigen und als das geplante zweite Gleis in die Mücheln er Strecke eingeführt. Von hier ab geteilt sich zu den beiden neuen Personenzuggleisen wieder ein drittes links von ihnen unter der Bezeichnung „Personenzüge von und nach Zöschen".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0005

so wären uns jetzt Millionenausgaben erspart geblieben.

Beispiele brauchen wohl kaum angeführt zu werden, denn die Stadtverordnetenvorlagen geben ja genügend Aufschluß über diesen Punkt. Einnahmen oder Minderausgaben, wie sie der Regiebetrieb mit sich bringt, dienen aber dazu, die Steuern nicht so hoch gehen zu lassen, wie dies sonst und in anderen Städten nötig ist.

Es muß zugegeben werden, daß die Realsteuern sehr erheblich gestiegen sind. Ist aber daran der neue Magistrat schuld? Nein! Die Reichssteuergesetzgebung ist es, die den Städten die Hauptsteuerquelle, die Einkommensteuer, genommen hat und sie auf die Realsteuern verweist. Trotz aller Erhöhungen ist unsere Stadt aber immer noch unter dem Durchschnitt, der bei Industriestädten nicht unter 2000 Prozent der Gewerbesteuer liegen dürfte. Auch unsere Steuer wäre sicher ungefähr ebenso hoch, wenn nicht seinerzeit die Stadtverordneten rechtzeitig die erhebliche Erhöhung der Einkommensteuer beschlossen hätten, so daß wir dadurch einen im Verhältnis zu anderen Städten viel höheren Anteil an der Reichseinkommensteuer erhalten. Das alles ist uns Stadtverordneten aus den Verhandlungen völlig klar. Ebenso klar sind die Haushaltspläne in der jetzigen Form, die für jeden Verwaltungszweig Einnahmen und Ausgaben genau nachweisen. Daß die bei allen Städten vorhandenen Installationsabteilungen Gewinn bringen müssen, da zu Material und Löhnen bestimmte Aufschläge berechnet werden, ist nicht gut zu beweisen. Wenn das nicht wäre, wie sollten dann die Werte ihren Haushaltsplan einhalten und Überschüsse abliefern? Daß durch die Stadt die Handwerker nicht zugrunde gerichtet werden, wird jeder, der sie im Privathaushalt braucht, am besten beurteilen können, denn da muß man wegen Arbeitsüberhäufung oft recht lange warten.

Nun ein Wort zu den vielen Beamten usw. in der Bauverwaltung. Vor dem Kriege waren sechsen drei technische Beamte da (Stadtbaumeister und zwei Bauinspektoren), wo doch bekanntlich wenig gebaut wurde. Dagegen fehlte, wie ja alle Stadtverordneten genau wissen, jegliche Verwaltungsabteilung, die sonst in jeder Stadt schon lange da ist und ohne die bei einer lebhaften Verwaltung nicht gearbeitet werden kann. Was damit unserer Bauverwaltung alles fehlte, weiß auch jeder Stadtverordnete. Einen weiteren technischen Beamten und zwei Verwaltungssekretäre hat die Stadtverordnetenversammlung deshalb neu bewilligt, ohne Rücksicht auf die Regiebauten. Dazu kommt ein Angestellter, der durch die Maßnahmen des Reiches für Lohn- und Steuerabzugsberechnung nötig wurde und einer für den Registraturdienst. Ein weiterer Angestellter bearbeitet Stadterweiterungssachen, was auch bei reinen Unternehmerbauten nötig wäre, einem Angestellten untersteht der Zimmerplatz, zwei weitere Techniker sind für die gesamten Regie- und Unternehmerbauten da, dazu ein Hilfszeichner und eine Hilfskraft. Da kann sich nun jeder ausrechnen, ob die Zahl 45 stimmt. Wahrscheinlich rechnet der Verfasser die zwei Angestellten der Merseburger Baugesellschaft und die der Mitteldeutschen Heimstätte mit, die aber von der Stadt seine Besoldung erhalten, oder gar das Vermessungsamt, das nun gar keinen Zusammenhang mit den Regiebauten hat und nötig geworden ist, weil die Stadt doch nun einmal wächst und gar keine genauen Pläne vorhanden waren. Wer von den Stadtverordneten mit Beamten und Angestellten des Bauamts zusammenkommt, muß stets hören, daß alle bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angespannt sind. Alles das konnte bei gutem Willen jeder aus den öffentlichen Erörterungen mit dem Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung wissen.

Und nun zum Schluß der Gemeinschaftsbahnhof. Jeder Stadtverordnete weiß, daß die Straßenbahn nur eine kleine Hasse errichten wollte und daß der jetzige Plan dem Wunsche der Stadt entspricht, also eine städtische Angelegenheit ist. Mit dieser Ausgestaltung hat das Bahnunternehmen nichts zu tun. Trotzdem schießt es 50 000 ℳ zu. Der Rest ist durch die Pacht mit rund 10 Prozent verzinst. Alles das hat die Stadtverordnetenversammlung beraten und gebilligt. Da erscheint es mir doch unbegreiflich, wie gegenüber dieser Willenserklärung der allein dazu berufenen Stelle immer wieder falsche Darstellungen gegeben werden können. Aber es ist ja alte deutsche Sitte, daß sonst Urteile, die dem Unterlegenen nicht passen, ungeprüft drei Tage lang „geschalten" werden dürften. Möchten diese drei Tage bezüglich des Gemeinschaftsbahnhofes bald um sein oder vielleicht beschleicht die neue Stadtverordnetenversammlung, das unnütze Ding wieder wegzureißen. Ein Stadtverordneter.

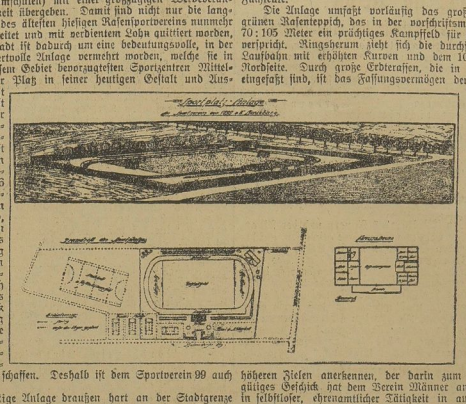
Für Kinder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Bewährt als ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Adler-Drogerie, Entenplan.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

Die neue Platzanlage des Sportverein 99-Merseburg.

Merseburg steht auf rasensportlichem Gebiet vor einem der größten sportlichen Ereignisse, die es je in seinen Mauern erlebt hat: Am kommenden Sonntag wird der frühere B. B. Hohenzollern und jetzige Sportverein 99 seine neue Platzanlage an der Halleschenstraße (gegenüber von Richters Baumschulen) mit einer großzügigen Werbeveranstaltung der Oeffentlichkeit übergeben. Damit sind nicht nur die langjährigen Bemühungen des ältesten hiesigen Rasensportvereins nunmehr endlich von Erfolg begleitet und mit verdientem Lohn quittiert worden, sondern auch unsere Stadt ist dadurch um eine bedeutungsvolle, in der Gegenwart doppelt wertvolle Anlage vermehrt worden, welche sie in die Reihe der auf diesem Gebiet bevorzugtesten Sportzentren Mitteldeutschlands stellt. Der Platz in seiner heutigen Gestalt und Ausdehnung muß unbedingt zu den besten gezählt werden, was wir in der weiteren Umgebung hieran im Fußballsport anzuweiten haben; selbst hinter den modernsten Anlagen, wie sie in neuester Zeit von Halle 96 und 98 sowie verschiedenen Leipziger Vereinen geschaffen worden sind, steht Merseburg mit dem Bau des 99er Platzes nicht zurück, ebenbürtig kann es sich getrost den Vergleich mit ihnen gefallen lassen. Freilich Mühe und Arbeit hat es genug gekostet, solch Werk herzustellen; aber freudig und hoffnungsfroh wurde sie geleistet, in dem Bewußtsein, für unsere Jugend und unser Vaterland etwas Großes zu schaffen. Deshalb ist dem Sportverein 99 auch der Dank Aller gewiß!



Heute, wo die fertige Anlage draußen hart an der Stadtgrenze in ihrer gewaltigen Vollendung zu uns in stummer, aber beredter Sprache spricht, ist es Zeit, noch einmal in aller Kürze der arbeitsreich und sorgenvoll vergangenen Monate unermüdlichen Schaffens rückblickend zu gedenken.

Nachdem der seit Kriegsende in ungeahnter Weise auftretende Drang zur Betätigung auf dem grünen Rasen auch dem Sportverein 99 immer neue Mitglieder zuführte und dadurch den Spielbetrieb immer ausgedehnter gestaltete, wurden die Bemühungen um ein eigenes Heim von der Platzkommission noch intensiver betrieben, sodaß Ende Januar 1921 das Gelände gegenüber der Richterschen Baumschule als sicher gestellt gelten konnte. Mitte März erfolgten die Abstecknngsarbeiten, worauf sofort mit den Erdplanierungen begonnen wurde. Von diesen wurde ein großer Teil von den Mitgliedern selbst bewältigt, während die anderen Arbeiten hiesigen Firmen übertragen wurden war. Die Einzäunung des Platzes wurde von der Firma Gebr. Graul ausgeführt, welcher die Firma Lükkendorf das erforderliche Holz geliefert hatte, während die Bearbeitung der Eisenteile größtenteils durch die Firmen C. F. Meister und Bode Nachflg. erfolgte. Die Eingangstore wurden vom Tischlermeister Schwimmer hergestellt, die Bauarbeiten zum Vereinsheim führte die Fa. Büttner gemeinschaftlich mit der Fa. C. F. Günther aus. Die beiden Kassenhäuschen am Eingang, welche den Zu- und Abgang der Besucherscharen reibungslos bewältigen können, sind das Werk der Fa. Büttner. Die geplante gärtnerische Anlage liegt in den Händen bewährter Fachleute.

Die Anlage umfaßt vorläufig das große Fußballfeld mit dem grünen Rasenteppich, das in seiner vorschriftsmäßigen Ausdehnung von 70:105 Meter ein prächtiges Kampffeld für den Leberball zu werden verspricht. Ringsherum zieht sich die durchschnittlich 7 Meter breite Laufbahn mit erhöhten Kurven und dem 100-Meter-Auslauf an der Nordseite. Durch große Erdtreppen, die in schmucken Porphyrsteinen eingefaßt sind, ist das Fassungsvermögen der Zuschauer auf 10000—12000 erhöht worden. Eine in Erdarbeit aufgerichtete Tribüne und das geschmackvolle Vereinsheim in der Südostkurve vervollständigen den imponierenden Gesamteindruck, der sicher noch durch die im Frühjahr erfolgende Fertigstellung der Tennisplätze zu seinem Vorteil verbessert werden wird.

Nimmt man nun die Anlage als Ganzes und bedenkt, daß dieses gewaltige Werk innerhalb eines halben Jahres vom Sportverein 99 aus eigener Kraft geschaffen worden ist, dann muß man mit Hochachtung die fleißige Schaffensfreude und den nimmermüden Drang nach immer höheren Zielen anerkennen, der darin zum Ausdruck kommt. Ein gütiges Geschick hat dem Verein Männer an die Spitze gestellt, die in selbstloser, ehrenamtlicher Tätigkeit in aufopferndem Schaffen für ihre Farben selbstlose Befriedigung finden. Mit der Platzanlage wird ganz besonders der Name des leider nur allzu früh durch einen Unglücksfall dahingeschiedenen Z. Vorsitzenden Paul Eckner unzertrennbar verbunden sein.

Und so naht der Tag, an dem das gewaltige Werk seine Krönung und seinen Schlußstein finden soll. Allerdings ist bisher nur das Fußballfeld so weit fertiggestellt, daß es am Sonntag benutzt werden kann. Die Laufbahn wird erst im Frühjahr anläßlich eines Sportfestes mit leichtathletischen Wettkämpfen eingeweiht werden. Immerhin bietet schon der 6. November der Fülle erstklassiger Ereignisse genug, so daß bei einigermaßen günstiger Witterung mit einem Massenbesuch zu rechnen ist. Das aufgestellte Programm sieht folgende Festfolge vor: Vorm. 9 Uhr: Bklt. 96-Magdeburg 1. Knab.—99 1. Knab.. Vorm. 10 Uhr: B. f. B.-Leipzig (Alte Herren)—99 (Alte Herren). Vorm. 11.30 Uhr: Bklt. 96-Magdeburg—99 1. Jgd. Nachm. 1 Uhr: Stockballspiel 96 1.-Halle—99 1. 2 Uhr: Feierliche Platzweihe. 3 Uhr: Fortuna-Leipzig [Liga]—S. V. 99 1. Der kommende Sonntag wird ein neuer Ehrentag werden für den Sport und die Geschichte der Stadt Merseburg. Möge die blau-gelb-blaue Flagge immerdar stolz herabgrüßen auf eine begeisterte Sportsgemeinde!

Saalegau.

Terminänderungen: 6. November 1921.

3 Uhr: Vor. III—96 III (Elw.); ½2 Uhr: Vor. IV—96 IV (98); 3 Uhr: Tp. G. I—Pr. III (Elw.); ½2 Uhr: Tp. G. II—Pr. IV (01); 3 Uhr: Pfz.-M. III—Spfr. III (Pr.-M.); ½2 Uhr: 98 Rei.—96 Ref. (Eintr.); ½2 Uhr: Pfz.-M. V—Vor. V (Germ.-M.); 3 Uhr: Mansf. I gegen Bennit. I (Bfs. J.), Langenb. I—Beelenst. I (Salzwdl.), Wa.-S. I gegen Neumark I (Reidebo.), Mücheln I—Rössen I (Neumark), O. S. 20 gegen Bfs. J. (Eisdorf), Körbisdf. II—Wa.-S. III (Röthschen); ½2 Uhr: Mücheln III—Germ.-M. III (Neumark), Neumark III—Pr.-M. IV (Rössen), Germ.-M. II—Wa.-S. II (Pfz.-M.)

Busch, Biebach.

Spielvereinigung 1919 Neumark

veranstaltete am vergangenen Montag in Neumark eine Sportlehrfilmvorführung. Die Einwohnerschaft, besonders die Jugend, beteiligte sich verhältnismäßig rege. Verwunderlich war es dagegen, daß die gelabenen benachbarten Sportvereine des Geiseltales der Veranstaltung so teilnahmslos gegenüber standen. Nachdem Herr Koch die etwa 250 Besucher begrüßt hatte und auf die Schwierigkeiten eingegangen war, mit denen die Sportbewegung auf dem Lande noch zu kämpfen hat, ergriff Herr Meißner vom Sportverein 1899 in Merseburg das Wort zu der Frage: „Weshalb treiben wir Sport?" Mit beleckten Worten, die Begeisterung weckten, legte er die Werte dar, die der Sport schafft. Besonders erwähnte er die durch den Krieg geschwächte Jugend, ihr heiligstes Gut, den Körper, durch Leibesübung gesund zu erhalten und zu stählen. Wie er zu Herzen gesprochen hatte, zeigte der reiche Beifall der Sportgemeinde. Mit Filmen wurden nun vorgeführt: der Lauf-, der Weitsprung- und ein Fußballlehrfilm. Durch die Zeitlupe, die eine 30 fache Verlangsamung der natürlichen Bewegungen zeigte, wurde es möglich, die Bewegungen der Vorführenden bis ins einzelnste genau zu verfolgen. Dadurch werden diese Lehrfilme ein gutes Hilfsmittel, die Technik der Sportarbeitenden zu verbessern. Sehr fesselnd und anregend wirkte für den Spieler sowohl als auch für den Laien der Fußballlehrfilm. Er zeigte u. a. besonders, wie als Grundlage des Fußballspieles ein durch Laufen, Springen, Werfen und systematische Übungen vollkommen durchgebildeter Körper erreicht werden kann. Alles in allem ist mit der gesamten Veranstaltung das Verständnis für Leibesübungen geweckt und viel Anregung geboten worden. Als praktische Auswertung wird die I. Elf der Spielvereinigung 1919 nächsten Sonntag um 3 Uhr auf dem eigenen Platze ein Werbespiel gegen Ligareserve Favorit-Halle austragen. Im aber auch einmal besten Sport zu bieten, ist für einen der nächsten Sonntage, voraussichtlich am 20. November, ein Pokalspiel von auswärtigen Mannschaften der Ligaklasse vorgesehen. Bl.

Neues Schützenhaus
Freitag, den 4. November, der beliebte
Hausball.
H. Eisenberger.

Merseburger Rudergesellschaft.
Am Freitag, 4. d. M., abends 8¼ Uhr
Monats-Versammlung
im Bootshause. Der Vorstand.

Burgstaden
Kirmes
Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November, von nachmittags 3 Uhr an
Ball-Musik.
Es ladet freundlichst ein Richard Schiller.

Zu verkaufen:
Vier gute Zugpferde.
Besichtigung täglich nach 5 Uhr. Angebote an
Ammoniakwerk Merseburg.

Zöpfe, Puppenperücken, Haarunterlagen
werden gut und billig angefertigt bei
W. Gassmann,
Herren- und Damenfriseur, Johannisstr. 18.

Beachten Sie meine Schaufenster.
Jetzt ist es die höchste Zeit!
Umschau zu halten, wo Sie Ihre Einkäufe für den Winter noch am vorteilhaftesten machen können.
Wir verkaufen infolge noch günstigen Abschlusses zu
staunend billigen Preisen
Ulster und Schlüpfer in allen möglichen Fassons . . . 275, 375, 450, 550 und höher
Herren-Anzüge — — nur die modernsten Muster u. haltbare Qualitäten 435, 575, 650 und höher
Herren-Hosen in gemusterten und gestreiften Stoffen . . . . . 78, 85, 95, 120 und höher
Cutaways und Westen in Ia Qualitäten 650, 750 und höher
System Konkurrenzlos
Halle S., 11 Leipzigerstraße 11
Beachten Sie meine Schaufenster.

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katarrhe usw. **heilbar?** Verl. Sie kostenl. San.Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüb. **Dr. Gebhard & Cie.**, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 104c

Ein fast neuer **Nußb.-Schreibtisch** zu verkaufen
Große Ritterstr. 33.

Die Kordweiden der Gemeinde Wallendorf sollen Sonnabend, den 5. Nov. d. J., nachm. 2 Uhr verkauft werden. Sammelplatz: An der Mühle.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Stadttheater Halle.
Donnerstag, den 3. d. M.,
Die Walküre.
Anf. 6½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Freitag,
Meine Frau, das Fräulein

Reichsbund
der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.
Freitag, den 4. Novbr., abends 8 Uhr im „Zivoli"
Monats-Versammlung.
Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten
Am Freitag, den 4. 11. 1921, abds. ½8 Uhr im „Zivoli"
Jahres-Haupt-Versammlg.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähl. Erscheinen dringend erforderlich.
Die Ortsleitung

Verein für Feuerbestattung in Merseburg u. Umgeg. E. V.
Jahresbeitrag nur 5 Mk.
Erhebliche Vorteile.
Auskunft durch den Vorstand.

Beamtenhochschulkurse.
Morgen, Freitag, den 4. 11.,
Beginn der Vorlesungen Nr. 4:
Der Mensch ein Zellenstaat
Kreisarzt Dr. Kühnlein.
Anmeldungen vor Beginn (7.15 abds.) der Vorlesung.

Casino, Merseburg. Freitag, 4. Novbr.
1. Sinfoniekonzert des Leipziger Philharmon. Orchesters
Leitung: Hans L'hermet.
Solist: Fritz Bühling (Cello).
Vortragsfolge: 1. Franz Schubert: Unvollendete Sinfonie in H-moll. 2. Josef Haydn: Konzert C-dur für Cello und Orchester. 3. L. v. Beethoven: Ouvertüre zu Collins Trauerspiel „Coriolan".
Preise der Plätze: Sperrsitz 10 M., 1. Pl. 8 M., 2. Pl. 5 M. (ausschl. städtischer Kartensteuer).
Vorverkauf: bei C. Brendel, Gotthardstr.

Bahnhof Rieder-Benna
Am Sonntag, den 6., u. Montag, den 7. November, von nachmittags 3 Uhr an
großer Kirmesball.
Flotte Musik. Neueste Tänze.
Hierzu ladet freundlichst ein Fr. Jätzsch.
N. B. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Trebnitz Sonntag, den 6., und Montag, den 7. Nov.
Kirmes.
Von 3 Uhr an
Ballmusik.
— Volles Orchester. —
ff. Speisen und Getränke.
Dazu ladet freundlichst ein A. Heyer.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Schiffsanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger G. B., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 258 — Donnerstag den 3. November 1921 — 48. Jahrg.

Die Krisis in Preußen.

In Preußen ist das Kabinett Stegerwald, das von Anfang an als Übergangskabinett gedacht war, zurückgetreten. Es hat eine längere Lebensdauer erreicht, ein Fall, der bei sogenannten Übergangskabinetten gar nicht so selten ist, als ihm seine Kritiker zunächst zubilligen wollten. Seine Entstehung verdankt das Kabinett bekanntlich den Wahlen zum preußischen Landtag vom 20. Februar d. J., aus denen die alte Koalition, Demokraten, Zentrum und Mehrheitssozialisten, die so lange Preußens Geschicke geleitet hatte, geschwächt hervorging. Rein zahlenmäßig freilich wäre es möglich gewesen, auch nach dem Ausfall der Februar-Wahlen die Regierung auf der alten Grundlage zu bilden, allerdings wäre die Regierungsmehrheit dann so schwach gewesen, daß es den bürgerlichen Parteien von vornherein nicht geraten erschien, diesen Versuch zu unternehmen. Demokraten und Zentrum drängten daher auf die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung, um der neuen Regierung eine tragfähige Grundlage zu geben. Damals begannen dann die endlosen Verhandlungen, die kein Ruhmesblatt in der Geschichte des preußischen Parlamentarismus bilden, und bei denen es die Sozialdemokraten dank einer ebenso temperamentvollen wie ungeschickten Führung fertig brachten, sich aus der Regierung selbst herauszumanövrieren. Schließlich sprang Stegerwald in die Bresche und es kam das Übergangskabinett Stegerwald zustande.

Die Sozialdemokratie stand von vornherein diesem Ministerium ablehnend gegenüber, und es hat so eigentlich vom ersten Tage an eine schleichende Regierungskrise bestanden. Ministerpräsident Stegerwald hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß auch er sein Kabinett nicht für das erstrebenswerte Ziel hielt und er hat sich bereit erklärt zurückzutreten, um den Weg für eine Neubildung des Kabinetts frei zu machen. Bedingung sei aber, daß drei Vorfragen gelöst würden: 1. müßten die persönlichen Differenzen, die zwischen den Führern des Zentrums und der Sozialdemokraten entstanden waren, beigelegt werden, 2. müßte eine gemeinsame Grundlage für die Politik der neuen Regierung gefunden werden und 3. müßte die Frage geklärt werden, wer Ministerpräsident werden sollte. Nach den Erfahrungen, die man bei den Verhandlungen gemacht hatte, die der Wahl Stegerwalds vorausgingen, schienen diese Stegerwaldschen Forderungen durchaus berechtigt. Das Kabinett Stegerwald ist nun allerdings zurückgetreten, ohne daß diese Forderungen erfüllt worden wären. Den unmittelbaren Anlaß zum Rücktritt hat der Vorstoß der Demokraten gebildet, die dem Ministerpräsidenten mitteilten, daß sie ihre Minister aus der Regierung zurückziehen, da ihnen nach der veränderten politischen Lage die Zwei-Parteien-Regierung nicht länger haltbar erscheine. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten daher die demokratischen Minister aus der jetzigen Regierung aus. Der Beschluß der preußischen Demokraten wurde von ihnen damit begründet, daß die Bildung einer Regierung auf der Grundlage der großen Koalition wie im Reiche so auch im größten Bundesstaat die alles entscheidende Frage sei, aber Gefahr lief, durch die jüngsten Vorgänge im Reich, wie auch durch die besondere Entwickelung der Verhältnisse in Preußen weiterer unerwünschter Vertagung zu verfallen. Da zudem die Sozialdemokratie dem Kabinett Stegerwald die schärfste Opposition angesagt hatte, so wäre voraussichtlich das Kabinett ohnehin nicht mehr lange zu halten gewesen.

Aus der schleichenden Regierungskrise ist somit jetzt wieder eine offene Krise geworden. Es ist in Preußen ein neues Vakuum entstanden und es bleibt nun den Parteiverhandlungen überlassen, ohne Grundlage für ein neues Kabinett zu schaffen. Vor allem muß man erwarten, daß die Geste der Demokraten, die nach beiden Seiten — sowohl den Sozialdemokraten wie vor allem auch der Deutschen Volkspartei — die Tür öffnen will, von diesen Parteien auch richtig verstanden wird. Das erstrebenswerte Ziel ist auch in Preußen nach wie vor die große Koalition von der Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten. Alle Rechenkünste des „Vorwärts" können nicht darüber forttäuschen, daß die frühere Koalition, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum über eine tragfähige Mehrheit nicht verfügen, ja daß sich die geringe Mehrheit, die diese Parteien heute noch aufweisen, in eine Minderheit verwandelt, wenn die oberschlesischen Abgeordneten ausscheiden. Ob die große Koalition sich heute bereits erreichen läßt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Man weiß, daß die Sozialdemokratie über das Verhalten der Volkspartei bei der letzten Regierungskrise im Reich, besonders über den Brief dieser Partei an den Reichspräsidenten, nicht mit Unrecht entrüstet ist. Auf der andern Seite scheint aber doch auch bei den einsichtigen Führern der Mehrheitssozialisten eine Geneigtheit zur Zusammenarbeit mit der Volkspartei zu bestehen. Der frühere preußische Minister des Innern, der Mehrheitssozialist Severing hat zu ausdrücklich in Breslau erklärt: „Die Sozialdemokratie müsse sich an den Gedanken gewöhnen, gleichzeitig mit der Volkspartei in die preußische Regierung einzutreten. Für den sehr wahrscheinlichen Fall, daß sich eine solche Zusammenarbeit heute noch nicht erreichen läßt, wird man wahrscheinlich zunächst auf die frühere Koalition, Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten zurückreifen und der Volkspartei die Tür auflassen dadurch, daß man zunächst zwei Ministerien durch Beamte besetzt.

Auch wenn man mit der demokratischen Fraktion hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer jetzigen Aktion nicht ganz einer Meinung ist, so wird man nur wünschen können, daß durch den demokratischen Vorstoß nunmehr endlich die schleichende Regierungskrise, die eine aktive Politik in Preußen bislang verhindert hat, ihr Ende erreicht, und daß es nunmehr endlich auch in Preußen gelingt, eine aktionsfähige und tragfähige Regierung zu bilden.

*

Stegerwald beim Reichspräsidenten.

Aus Berlin wird uns berichtet:

An der Lösung einer Kabinettsneubildung in Preußen ist an sich der Reichspräsident völlig uninteressiert, verfassungsrechtlich ist ihm durchaus keine Handhabe gegeben, in einer Kabinettskrise in einem Einzelstaat vermittelnd einzugreifen. Aber im Laufe der letzten unruhigen Monate hat Reichspräsident Ebert schon mehrere Male den Versöhnenden gespielt und versucht, „feindliche Brüder" einander nahe zu bringen, wozu er durch seine Stellung eher als jeder andere befähigt ist. Infolgedessen ist es nicht weiter verwunderlich, daß der zurückgetretene preußische Ministerpräsident Stegerwald am Mittwoch mittag beim Reichspräsidenten vorgesprochen hat. Ob sich die beiden über einen bestimmten Plan einig geworden sind, ist nicht bekannt geworden.

Vertagung des Hauptausschusses des preußischen Landtages.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages ging am Mittwoch, ohne in eine sachliche Beratung über den Kultusetat einzutreten, nach kurzer Aussprache auseinander. Die Rechte war für Weiterberatung, das Zentrum enthielt sich der Aufschlüsselung, die Mehrheit war der Meinung, daß eine weitere Beratung nicht angängig sei, da der Minister nicht imstande wäre, angesichts des Rücktritts des Kabinetts für sein Ministerium bindende Erklärungen abzugeben. Das Plenum des Hauses, das bekanntlich am Donnerstag seine Sitzungen aufnehmen sollte, wird sich, wie wir erfahren, voraussichtlich gleichfalls bis auf weiteres vertagen.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.

Berlin, 3. Nov. Der Reichskanzler ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hielt gestern mittag einen Kabinettsrat, der sich mit oberschlesischen Fragen und der preußischen Kabinettskrise beschäftigte. Abends trat Landtagspräsident Leinert zur Leitung der Verhandlungen über die neue Koalitionsbildung ein.

Noch keine Klärung.

Berlin, 3. Nov. Die preußische Regierungskrise hat im Laufe des gestrigen Tages keine weitere Klärung erfahren. Heute vormittag werden Zentrum und sozialdemokratische Fraktion zu Beratungen zusammentreten. Um 12 Uhr mittags wird der Ältestenausschuß des preußischen Landtages eine Sitzung abhalten. — Die „V. Ztg." nimmt an, daß der Ausschuß beschließen werde, die für 1 Uhr angesetzte Plenarsitzung nicht abzuhalten, damit die Fraktionen Bewegungsfreiheit für ihre Beratungen haben.

Die Presse über den Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Die Berliner Presse spiegelt in ihren Kommentaren die große Überraschung wider, die der plötzliche Rücktritt des preußischen Kabinetts hervorgerufen hat, ohne daß sich dabei sonderliche Erregung geltend macht. Die Kommentare der Morgenpresse sind noch sehr vorsichtig gehalten, zumal, abgesehen von der demokratischen Presse, noch keine rechte Klarheit über die Gründe zu herrschen schien. In der Abendpresse, vor allem der rechtsstehenden Blätter, wird denn auch mancher Standpunkt korrigiert, der nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Grundsätzlich überwiegt auf der Rechten das Bedauern, Stegerwald gehen und vielleicht nicht wiederkommen zu sehen; in der Presse der Linken ist natürlich ungeschehen die Genugtuung groß, daß er endlich beseitigt ist. Auf der Suche nach Gründen werden dabei die merkwürdigsten Bockspringe gemacht. So kommt die deutschvölkische „Deutsche Zeitung" auf die grandiose Idee, die Demokraten hätten die Kabinettskrise hervorgerufen, weil verschiedene ihrem bemänkelnden Vorwurf vorliegender Anträge ein unzweideutiges Bekenntnis nach links forderten. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung" findet den Rücktritt Stegerwalds, der die schlimmsten Folgen nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich nach sich ziehen könne, absolut unverständlich. Daß sie der Vermutung Ausdruck gibt, die Demokraten hätten den Rücktritt erzwungen, um den Mehrheitssozialisten in den Sattel zu verhelfen, ist bei ihrer Einstellung selbstverständlich. Der schwerindustrielle „Lokalanzeiger" sieht Herrn Severing schon wieder an seinem alten Platze und meint, man werde dann erneut beobachten können, daß ein Ministerium Dominicus einem Ministerium Severing doch immer noch sehr vorzuziehen sei. Die konservative „Kreuzzeitung" hofft, daß das preußische Zentrum an seinem Entschlusse festhalten werde, nur mit Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei eine Koalition zu bilden, nicht aber allein mit der Sozialdemokratie. Das Blatt des geistigen Mittelstandes, die „Tägliche Rundschau", exlist vor Schmerz über Stegerwalds Rücktritt einen hysterischen Wutanfall und spuckt Gift und Galle gegen die Demokraten. Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" bedauert ebenfalls Stegerwalds Rücktritt, gibt aber zu, daß die sozialdemokratischen Forderungen für die bürgerlichen Parteien unerfüllbar waren. Positive Arbeit zu leisten, wäre der Landtag unter solchen Verhältnissen nicht fähig gewesen. Der Rücktritt sei das richtige Mittel gewesen. Der sozialdemokratische „Vorwärts" meint, die Sozialdemokratie habe das Kabinett gestürzt, es sei in sich selbst zusammengebrochen. Die Bildung einer anderen Regierung als eines Übergangsministeriums sei wahrscheinlich unmöglich. Freilich wisse man dann nicht, wie lange der Übergang dauere und wohin er führe. Ganz ungeeignete Gesinnung empfindet nur die unabhängige „Freiheit", während die kommunistische „Rote Fahne" wie üblich „Stürmen vor den Toren!" schreit. Übrigens gibt auch die „Tägliche Rundschau" in der Abendausgabe zu, daß die sozialdemokratischen Forderungen für die Demokraten unerträglich waren. Die demokratische Berliner Presse ist von einer erstaunlichen Einmütigkeit in der Beurteilung der Sachlage. Sie erklärt, daß der Grund für den Entschluß der Demokraten die Erkenntnis unabweisbarer sachlicher Notwendigkeit war und billigt ihren Schritt. Auch die demokratische Presse Breslaus begrüßt ihn. Die „Breslauer Zeitung" nennt die Demokraten Bahnbrecher der großen Koalition. Auch die „Frankfurter Zeitung" hält ihre Genugtuung und Billigung des demokratischen Verhaltens nicht zurück.

Weiterer englisch-russischer Notenwechsel.

London, 3. Nov. Die britische Regierung hat gestern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewisten bereit erklärten, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau gesandt. Die britische Note ersucht um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehme z. B. Bezug auf die Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne aber nicht die riesigen Forderungen aus Staatsanleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

Keine deutsch-englischen Kreditverhandlungen.

Berlin, 3. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein in London bezweckte ausschließlich die Erörterung banktechnischer, den Geschäftsverkehr der Reichsbank mit der Bank von England betreffender Fragen. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen stand er überhaupt nicht im Zusammenhang, insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keine derartigen Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

Der Waffenstillstandstag amerikanischer Nationalfeiertag.

Washington, 3. Nov. (WTB.) Der Kongreß nahm einen Beschluß an, wonach der Tag des Waffenstillstandes zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Das Entente-Ultimatum an Ungarn.

Paris, 3. Nov. (WTB.) Der von der Botschafterkonferenz der ungarischen Nationalversammlung gesetzte Termin für die Entfernung der Habsburger beginnt am 1. November und endet am 8. November.

Englisch-irische Verhandlungen.

London, 3. Nov. (WTB.) Der Ausschuß der irischen Konferenz, bestehend aus Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead und den Sinnfeiner-Vertretern Griffith und Collins, hielt gestern abend eine zweistündige Sitzung ab. Amtlich wird bestätigt, daß Lloyd George am Sonnabend nicht nach Washington abreist.

Neue Angriffe ungarischer Banden.

Wien, 3. Nov. Gestern fanden starke Angriffe ungarischer Banden an der steiermärkischen Grenze statt. Bei Friedberg sollte mit einem Lastauto Verfärbung verhindert werden. Auf der abschüssigen Straße stürzte das Auto um, wobei neun Reichswehrsoldaten getötet wurden.

166 Millionen Dollar amerikanische Spenden für Deutschland.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Bei der festlichen Zusammenkunft im Hotel Astor in Newyork, die das Central Relief Committee zur Unterstützung der 3 Millionen-Dollar-Kampagne veranstaltet hatte, wurde ein an den Vorsitzenden Charles Nagel gerichteter Brief des Präsidenten Harding verlesen, in dem er die Bemühungen zur Wiederherstellung wechselseitigen Wohlwollens zwischen Amerika und Deutschland und Österreich herzlichst begrüßt. Herr Nagel verlas ein Dankestelegramm des Landesdirektors d. Winterfeld vom Deutschen Roten Kreuz. Er gab dann die vom Handelsministerium in Washington stammenden, für die letzten zwei Jahre geltenden Totalsummen der nach Deutschland und Österreich geschickten Sachen mit 166 Millionen Dollar an. Clement Vibble, eben von Deutschland zurückgekehrt, dankte im Namen der Quäker für die Unterstützung durch das Central Relief Committee. Er erklärte sein Bedauern, daß Deutschland auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten sei, und drückte seine Befürchtung aus über die Zukunft Deutschlands und der Welt, falls nicht die Schadenersatzpflichtigen Deutschlands sofort ermäßigt würden.

Erhöhung der Kohlensteuer?

Essen, 3. Nov. Wie wir hören, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer weiter auf 40 Prozent zu erhöhen. [illegible] Kohlensteuer besteht, also seit 1917, die [illegible] Frühjahr dieses Jahres [illegible] Prozent geplant, doch h[illegible] daß erst jetzt die Sache [illegible] werden soll.

Berlin [illegible] gsminister Hermes, der [illegible] zministers beantragt ist [illegible] Generaldebatte wird [illegible] und Sonnabend dauern.

Französ[illegible]swehr.

Aus P[illegible]

Der fr[illegible] amehr einen Beweis daf[illegible] Revanchekrieg" [illegible] ung aufstellt, wird, noch [illegible] t verleugnen können. [illegible] Titel in fetten Buchstaben [illegible] ein Dokument von angeb[illegible] ch die für die Rheinlandbesetzung [illegible] nung. Für dieses Ve[illegible] In diesem Vorwort [illegible] s Geständnis" betrachten [illegible] will zugrunde legen die [illegible] der modernen Armee einer militärischen Organisation, [illegible] deutsche Armee von hundertausend Mann, die wir nach dem Friedensvertrag haben dürfen." Zu dieser deutlich bezeichneten Fiktion äußert Herr Lefèvre, daß Gefahr im Verzuge sei. Er bedauert die Leute in Frankreich, die mit einem chloroformierten Wattebausch unter der Nase herumgingen (!), um nur nichts von Gefahren hören und sehen zu müssen. „Wenn die Optimisten immer wiederholten, daß in Deutschland weder Menschen noch Material vorhanden seien, dann sei das ein Irrtum. Wenn es rasch losgehen solle, seien genügend Männer da, die ihre Ausbildung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211103-14/fragment/page=0007